

Satzbuch der Tage

Andreas Unterberger, der Blocker in
alten Zeiten

Bernhard Kraut

13. August 2009

des Herrn Underberg

Herr Underberg, der nahezu ein Jahr lang Sätze von Andreas Unterberger kommentiert hat, würde wohl auch diese Sätze, die Andreas Unterberger neuerdings auch als Blocker in alten Zeiten schreibt, kommentieren und bestimmt würde er die Bezeichnung von <http://www.ortneronline.at> als »Das Zentralorgan des Neoliberalismus« kommentieren.

Gibt es denn einen größeren Widerspruch als den zwischen *Neoliberalismus* und *Zentralorgan*? *Zentralorgan*: ein Werbewort für den Staat schlechtin; eine den Staat als Alles-Kontrollierenden feiernde Bezeichnung; besser bekannt noch unter *Zentralkomitee*, das für sich alle Macht beansprucht, das alles illiberal diktiert ...

Das aber nur nebenher.

Es soll hier lediglich darauf verwiesen werden, um das von Andreas Unterberger in einem neuen Medium veröffentlichte Altmütige richtig einschätzen zu können, daß im Satzbuch der Tage des Herrn Underberg und auch in Der Jurist ist ein Meister aus Österreich ... festgehalten ist, wie sorgfältig, wie objektiv Andreas Unterberger, der Staatsbezahlte, als Journalist arbeitet.

 Teilen

Ähnliche Beiträge

Andreas Unterberger - einen
größeren findest du nit

Wie Ortner und Unterberger
Neoliberalismus

Vilimsky und Unterberger:
zwei Meister der Genauigkeit

© Bernhard Kraut,
Alle Rechte vorbehalten.

*Satzbuch der Tage
des Herrn Underberg*

Herr Underberg ist ein akademisch gebildeter Mann, der in der Welt viel unterwegs ist, und er rechnet es sich hoch an, alle seine Titel unösterreichisch zu verschweigen. Niemals würde es Herrn Underberg einfallen, über eine Aussage in der »Neuen Kronen Zeitung« nachzudenken. Diese Groschenmeinungen, sagt Herr Underberg, beleidigen seine Intelligenz und pöbeln seinen Humanismus an. Hingegen freut sich Herr Underberg auf die tägliche Lektüre des, wie er es ironisch gern nennt: nahezu unpolitischen Tagebuches in der »Wiener Zeitung« von Dr. Andreas Unterberger; denn in ihm sieht Herr Underberg einen geliebten Verwandten im Geiste, dessen Analysen es wohl wert sind, bedacht zu werden.

Menschgemäß zählen zur täglichen Lektüre von Herrn Underberg weitere inländische, aber auch ausländische Zeitungen. Jedoch äußerst selten bis gar nicht kommt es vor, daß Herr Underberg bei einem anderen Glossisten als Herrn Dr. Andreas Unterberger einen Satz findet, für den es sich lohnt, so sagt er, innezuhalten, um diesen abschreibend zu würdigen und mit weiteren Überlegungen zu bekräftigen.

Herr Underberg hält sich nicht mit Betreffzeilen auf, die sind um der guten Gliederung willen von mir, der die Diktate des Herrn Underberg tippt.

Eines Tages werde er, sagt Herr Underberg, daraus ein Buch machen; das werde dann der rechte Zeitpunkt sein, um meine Abschriften zu korrigieren. Herr Underberg will damit nicht sagen, daß ich zu viele Fehler mache. Er sei mit mir

16.03.	21.03.	29.03.	19.04.
20.04.	27.04.	01.05.	11.05.
13.05.	14.05.	17.05.	19.05.
21.05.	26.05.	31.05.	11.06.
15.06.	18.06.	22.06.	24.06.
02.07.	06.07.	09.07.	16.07.
26.07.	08.09.	24.09.	27.09.
06.10.	08.10.	09.10.	20.10.
21.10.	26.10.	28.10.	01.11.
09.11.	10.11.	12.11.	15.11.
16.11.	18.11.	19.11.	22.11.
02.12.	06.12.	11.12.	14.12.
21.12.	26.12.	27.12.	

durchaus zufrieden. Bloß, gerade bei Interpunktion und Silbentrennung, fehle das natürliche Gespür für Feinheiten. Das sei Herrn Underberg aber verständlich: schließlich ist meine Muttersprache nicht Deutsch.

Da ich schon die Überschriften herauschäle, wehre ich nicht sonderlich groß die Idee ab, für mich selbst mit einem [Heft in Österreich zum Satzbuch des Herrn Underberg](#) zu beginnen.

Es wird mir möglicherweise helfen können, in den Abschriften Grobheiten zu vermeiden.

Dennoch könnte diese Tiroler Geschmacklosigkeit auch ihr Gutes haben: nämlich dass sie vielleicht vielerorts die Erkenntnis auslöst, wie mies es ist, ständig die Faschismuskeule zu schwingen. Was vor allem Grüne (&Friends) sehr gerne tun.

Dr. Andreas Unterberger am [16. März 2007](#)

Da wird den Jugendlichen das Wählen ab 16 versprochen, obwohl ich noch keinen Experten gefunden habe, der ihnen die nötige Reife zubilligen würde.

Dr. Andreas Unterberger am [21. März 2007](#)

Der österreichische gute Hammer im Wappen: Traditionskeule zum Sticheln und zum Schwingen von Verharm-Lösungen.

Nicht jede Expertin findet sich am Stammtisch wieder, an dem reife Herren einander nötig geistig zuprostend sich zubilligen, selbst in allem Experten zu sein.

Aber solange sich das Burgtheater extrem aufwendige Inszenierungen bei billigem Eintritt leistet, [...] ist einem um die heimische Kultur nicht wirklich bange.

Dr. Andreas Unterberger am [29. März 2007](#)

Es wäre mir zutiefst zuwider, wenn mir Angehörige all dieser Völker nicht mehr ihre Sicht darlegen dürfen, nur weil wir die genannten historischen Geschehnisse für Völkermorde halten, sie jedoch nicht.

Dr. Andreas Unterberger am [19. April 2007](#)

Aber solange sich die staatseigene Zeitung für einen Tagebuchkläbber eine geschützte Arbeitsstelle mit extrem aufwendigen rund um die Uhr erforderlichen aber letztlich, weil für einen billigen Geist, vergeblichen Bildungsmaßnahmen leistet, ist einem weiter um die (vor allem Medien-)Kultur in diesem Land, muß einer wirklich noch mehr bange werden.

Andreas der Entladene

Es ist amüsant, wie einer mit einem geistig entladenen Unterbau sich aufschwingt, als Voltaire unserer Zeit sich zu positionieren, aber es ist nicht heiter, in der Tageszeitung der Republik zu lesen, wie dieser Volten schlägt für Shoa-Leugner.

Rassismus, Völkermord sind nicht kaum definierbare Begriffe. Völkermord ist weder beliebig noch subjektiv.

Aber für Andreas Unterberger und seine Völker Herbert Schaller, Andreas Mölzer, die eine ganz andere Sicht auf historische Geschehnisse haben als jene Menschen, die durch seriöse und fundierte Geschichtsschreibung sich bilden und nicht aus sehr subjektiven Beweggründen verfaßten Büchern eines Volkes wie Gerd Honsik ihre Meinungen ableiten, stellt es menschengemäß ein Ärgernis dar, daß Rassismus und die Leugnung eines Völkermords in der gesamten EU strafrechtliche Relevanz bekommen sollen.

Rudolf Burger, Österreichs wohl bedeutendster Philosoph ...

Dr. Andreas Unterberger am [18. April 2007](#)

In dieser geistigen Landschaft muß Molterer erstens die Nachfolge Wolfgang Schüssels antreten, des neben Raab und Kreisky bedeutendsten Kanzlers der Republik ...

Dr. Andreas Unterberger am [20. April 2007](#)

Das Kreisky-Forum ist übrigens lange schon ein Musterbeispiel dafür, wie sinnvoll echte Think Tanks sein könnten – anstelle der vielen kleinen Subventionsfressenden und nichts bewegenden Vereinchen.

*

Doch lehrt die Lebenserfahrung, dass Schulden [...] zu tun haben, sondern mehr mit ganz anderen Dingen, die [...] von Frauen bis Autos reichen.

Dr. Andreas Unterberger am [27. April 2007](#)

Wie bedeutend Rudolf Burger als Philosoph tatsächlich ist, kann nun ermessen werden, da der neben Unterberger und Unterberger Bedeutendste seine Sichtweisen der Wirklichkeit seinem Tagebuch unvergänglich anvertraut, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben.

Die Wiener Zeitung ist jetzt ein Musterbeispiel dafür, wie notwendig es ist, daß echte Denker und Denkerinnen Zeitungen leiten und nicht geistig unbewegliche Unterbergers, die vollgefressen sind mit lange schon überholten und nicht haltbaren Meinungen.

Noch deutlicher zeigt sich das Dilemma bei den Gewerkschaften: Links feiert der deutsche DGB (der als “Unternehmer” ebenso abgehaust hat wie der ÖGB) am 1. Mai lieber mit der postkommunistischen Linkspartei und den rechtsstaatlich keineswegs unbelasteten Grünen als mit der SPD ...

Dr. Andreas Unterberger am [1. Mai 2007](#)

Weshalb die Grünen in Deutschland rechtsstaatlich keineswegs unbelastet sind und wie das in einen Artikel zur Richtungsfrage der Sozialdemokratie paßt, weiß außer Dr. Andreas Unterberger wohl niemand, aber daß sein bedeutendster Wolfgang Schüssel der Republik mit rechtsstaatlich keineswegs Unbelasteten koalierte, und es ihm ausschließlich dadurch nur möglich war, sieben Jahre auf dem Kanzlerstuhl zu hocken, wissen außer Dr. Andreas Unterberger sehr sehr viele.

[...] und nun musste sogar der Legenden-bekränzte BP-Boss zurücktreten, weil er ein Gericht angelogen hatte. Übrigens ebenso in Zusammenhang mit

Wie hoch der Grad der Verluderung von Wahrheit und Recht einer jedweden Regierung ist, kann allein schon von den Beiträgen, die

Begünstigungen für einen privaten Partner auf
Firmenkosten [...]

Dr. Andreas Unterberger am [2. Mai 2007](#)

[...] der ja eigentlich ein Fortschritt ist, weil private,
wenn auch illegale Pflege seit der Ostöffnung
erstmal für viele Menschen erschwinglich
geworden ist.

Dr. Andreas Unterberger am [11. Mai 2007](#)

Christ is the Saviour for whom they were silently
longing. All this forms the great mosaic of popular piety
which is the precious treasure of the Catholic Church in
Latin America, and must be protected, promoted and,
when necessary, purified.

*Dr. Joseph Ratzinger, Souverän des Staates Vatikanstadt, am
[13. Mai 2007](#)*

ihre Schreibknechte produzieren müssen,
abgelesen werden.

Österreich als ein Beispiel: In diesem Land
will Dr. Andreas Unterberger (eingesetzt mit
1. Mai 2005 unter der Regierung ÖVP,
weiter geduldet von der heute wohl auch ein
wenig an der Regierung beteiligten SPÖ)
nahezu wöchentlich beweisen, daß die
österreichische Regierung Weltverlotterungs-
führerin ist.

Dies ist die Sprache der Täter: die Opfer
sehnen sich still nach der Tat gegen sie. Die
Täter erretten nur die Opfer, die Täter erfüllen
bloß ihre Pflicht zur Tat.

Gerade von Dr. Joseph Ratzinger, der als
junger Mensch in die Hitlerjugend eintreten
mußte, könnte erwartet werden zu wissen, was

es bedeutet, »Reinigung« zu verlangen. Aber auch dies ein Kennzeichen der Sprache der Täterinnen: Wenn es notwendig ist, erfüllen die Täterinnen nun einmal ihre schwere Pflicht: ein Volk wird gereinigt zur »Reinrassigkeit«, die Glauben werden gereinigt zu dem Einen Reinen Glauben.

Reinigung in welcher Form auch immer geht stets einher mit dem Willen, andere zu richten und schließlich zu vernichten.

... Globalisierung ...

[14. Mai 2007](#)

Kein Artikel bald ohne: *Globalisierung!* Ich fürchte, allmählich werde ich diesen Begriff auch verwenden. Ich habe mich wohl bereits infiziert.

Der Verdacht drängt sich auf, Globalisierung an sich ist nicht wirklich gewollt, sondern *Globalisierung* ist nur das Hauptwort eine

weiteren Ideologie, ein Instrument der Einschüchterung, die Produzentin von Angst, die Planerin vor allem des sozialen Rückbaus, die Konstrukteurin der absoluten Gleichschaltung, die Kampftruppe des Kapitalismus ...

Mit *Globalisierung* wird immer häufiger auch in Bereichen argumentiert, die nicht einem weltmarktwirtschaftlichen Diktat unterworfen sind, aber in denen in einer diffusen Annahme geglaubt wird, von *Globalisierung* ebenfalls direkt betroffen zu sein, sich dieser nicht entziehen zu können und sich dieser (wenn auch kritisch, so doch) unterordnen zu müssen. Es ist heute leicht, mit dem Hinweis auf die *Globalisierung* notwendig große Diskussionen rasch beenden, sich die direkte Auseinandersetzung mit den konkreten Gegebenheiten in einer Organisation ersparen, Entscheidungen gegen die Belegschaft durchsetzen zu können. Denn die Belegschaften mit ihren arbeitsrechtlichen

Vertretungen nehmen die mit *Globalisierung* argumentierten Notwendigkeiten (sprich: schon Abwehr von wenn überhaupt noch vorstellbaren wirtschaftlichen und rechtlichen Verbesserungen, reale Reduzierung von bereits zuerkannten Rechten und bereits zugestandener wirtschaftlicher Teilhabe) gerne an, weil sie sich ebenfalls dadurch u.a. viel an gefordertem Einsatz dafür ersparen.

Es ist modern, sich freiwillig zur Kampftruppe *Globalisierung* zu melden. Alle wollen sich einreihen, ihre Fahne zu tragen und ihre Wimpel in jedes Küchenwinklerl zu hängen: sei es die der Division der Befürworter oder die der Division der kritischen, im Grunde lediglich Auswüchse moralisch anklagenden Befürworterinnen: denn beide Divisionen zusammen bilden die *Globalisierungsarmee*, die erfolgreich ist in ihrem Vernichtungsfeldzug gegen Vorstellungen, eine tatsächliche Globalisierung ist möglich.

Die *Globalisierung* ist eine Einbahnstraße, auf der wir mit der Überzeugung marschieren, wir denken global, wir sind kosmopolitisch. Aber wir marschieren, wie seit jeher, in unseren europäischen Bergen nur um unsere Almhütte, die wir nirgendwo sonst auf der Erde aufbauen würden wollen, herum und bestimmen fälschlicherweise unseren geistigen auf gleicher Höhe mit dem technologischen Fortschritt mit seinen vielfältigen Möglichkeiten, jeden Punkt der Erde so rasch wie noch nie in unserer Geschichte physisch erreichen und weltweit so unkompliziert wie noch nie kommunizieren zu können.

Viele Menschen werden rechter, wenn sie älter und erfahrener werden. Der einstige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler geht in die Gegenrichtung: Er ist Attac

Der Immer-noch-Chefredakteur der Tageszeitung der Republik läßt veröffentlichen, was dann ein Neonazi zur Verbreitung gut empfehlen kann.

beigetreten, einer Organisation, deren Texte ungeändert und unkommentiert von kommunistischen Blättern übernommen werden.

Dr. Andreas Unterberger am [17. Mai 2007](#)

... Heiliger Vater ...

[19. Mai 2007](#)

Viele Menschen bleiben, wenn sie älter werden,
Dr. Andreas Unterberger.

Auch der derzeitige Souverän des Staates Vatikanstadt wird von Medien, die nicht Eigentum der römisch-katholischen Kirche sind, nach wie vor mit »Heiliger Vater« titulierte und von demokratisch gewählten politischen Mandatarinnen wie selbstverständlich so angesprochen.

Mit diesem Kotau verneinen Mandatäre und Medien jedes Mal den Wert der Demokratie und anerkennen jedes Mal die Berechtigung von theokratischen Staatsformen direkt und von jedweden diktatorischen Staatsformen indirekt.

Sie propagieren dadurch fortgesetzt und freiwillig eine Führergesellschaft.

Politische Vertreterinnen in demokratischen Staaten müßten, wenn sie bei offiziellen Anlässen den Souverän des Staates Vatikanstadt mit seinem kircheninternen Titel ansprechen und dies wie selbstverständlich auch stets im Namen der Menschen, die sie nicht zu diesem Behuf gewählt haben, tun, sofort zurücktreten, denn diese Funktionäre verneinen dadurch die demokratische Verfassung, auf die sie vereidigt sind. Wenn sie Mitglieder dieser Glaubensorganisation sind, ist es ihnen menschgemäß unbenommen, ihr religiöses Oberhaupt privatim »Heiliger Vater« zu rufen: im Beichtstuhl, beim Beten in der Küche unterm Hergottswinkerl, auf ihren Veranstaltungen in den dafür so zahlreich erbauten Häusern oder wo, wann auch immer.

Bei all dem gibt es menschgemäß auch heitere und weitere Seiten:

Es wird jemand als »Vater« titulierte und angesprochen, der abgeschworen hat, jemals Vater zu werden. Erheiternd zu lesen sind weiter auch die Konstruktionen der Begründungen, die das jeweilige Oberhaupt dieser Glaubensrichtung doch als »geistigen«, wenn schon physisch unmöglichen »Vater« legitimieren sollen. *Solche Väter* begründen (so kurz ist die religiöse Strecke des Heiteren, daß jetzt schon zum Ernstern wieder gewechselt werden muß) jedoch bloß mit absolutistisch regierte Staaten.

Nach wie vor wird von dieser Organisation Sexualität eng mit Fortpflanzung verknüpft, die Amtsinhaber in dieser sich weltweit einmischenden Kirche aber sind die einzigen, die ihren Samen rein für das Vergnügen verschwenden; wobei es ihnen nicht an Selbsterkenntnis mangelt: Der 2006 vom derzeitigen Souverän zum Kardinalpriester beförderte Carlo Caffarra beispielsweise sagte 1988: »Wer Verhütungsmittel benutzt, will

nicht, dass neues Leben entsteht, weil er ein solches Leben als ›Übel‹ betrachtet. Das ist dieselbe Einstellung wie die eines Mörders, der es als ›Übel‹ ansieht, dass sein Opfer existiert.« Das berühmteste Verhütungsmittel, auf das Angestellte dieser Organisation neben vielen weiteren setzen, ist der Zölibat.

Noch schlimmer ist, dass sie in diese Kommission neben demokratisch legitimierten Exponenten auch die sogenannten NGOs einschleusen will. Diese sind aber weder demokratisch noch objektiv, sondern private Vereine.

Dr. Andreas Unterberger am [21. Mai 2007](#)

Lange her sind die Zeiten, da unsere Vorfahren unter dem Ruf "Freiheit!" die Grundregeln der heutigen Staaten erkämpft haben. Jetzt ist unsere

Noch deutlicher kann Dr. Andreas Unterberger sich und seinen Werdegang nicht beschreiben. Ein privater Verein? Gut österreichisch vorstellbar ist es ja, daß der Stammtisch von Dr. Andreas Unterberger ein eingetragener Verein ist, und er sein Schriftführer.

Ob Dr. Andreas Unterberger in seinen Ansichten wankelmütig ist?

Gesellschaft fröhlich dabei, diese Freiheit wieder einzuschränken. Salamischeibe um Salamischeibe. Da will man uns am Fliegen hindern. Dort geht es den Rauchern an die Zigarette. Da will man den Firmen vorschreiben, wen sie in ihre Geschäftsführungen entsenden. Dort geht es um die Ersetzung der freien Schulwahl durch eine Einheitsschule. Und das Autofahren wollen uns sowieso alle abgewöhnen.

Dr. Andreas Unterberger am [10. März 2007](#)

Auch das ist Terrorismus. Terrorismus bedeutet, Attacken gegen die Kirche zu richten. Auch wir sind Ziel terroristischer Angriffe, wenn man blinde, irrationale Kampagnen gegen jene führt ...

Gemäß Pressemeldungen:

L'Osservatore Romano am [2. Mai 2007](#)

Bei der Kommission, die in Wien eingerichtet werden soll, handelt es sich um eine »Zuwanderungskommission«. Und da hat es seine unterbergerische Folgerichtigkeit: so viel Staat wie nur möglich gegen Menschen aus anderen Ländern.

Wie unerschöpflich die Wut von Klerikern zur Selbsterkenntnis im anderen ist, belegt auch dieser Kommentar in der Zeitung des Staates mit dem weltweit ausgelegten Netz: er unterhält und leistet sich sogar in kleinsten Ortschaften Terrorzellen mit liturgischem Pomp.

Wird bedacht, wie streng und rasch schon auf bloßen Verdacht hin üblicherweise gegen Terror vorgegangen wird, um diesen bereits im Keim zu ersticken, ist es bemerkenswert, wie ungleich vor allem religiös motivierter Terrorismus behandelt wird. So etwa bleibt der vom Staat Vatikanstadt zentral geführte Terrorismus auch in europäischen Staaten, die allenthalben Ziel von irrationalen Angriffen gegen ihre Legislativen sind, nicht nur ungeahndet, sondern die römisch-katholischen Angestellten werden dafür, daß sie Länder wegen der ihnen Dornen im Auge seienden Gesetze attackieren, oft und immer noch mit höchsten Staatsehrungen belohnt und unverdrossen zur Spitze der Gesellschaft gezählt.

... ja sehr gerne selektiv und manipulativ ...

Dr. Andreas Unterberger am [31. Mai 2007](#)

ÖCV fordert Ende der Hetzkampagne gegen bürgerliche Journalisten

Cartellverband stärkt Wiener Zeitung-Chefredakteur Unterberger

den Rücken

... Unterberger ist kein Mitglied im Cartellverband ...

Österreichischer Cartellverband ÖCV am [7. Juni 2007](#)

Ihre Suche nach "**Unterberger**" hat folgendes Ergebnis geliefert:

Nachrichten

- 30.04.2007: Das Uni Dilemma
- 17.04.2007: Experten diskutieren Generationenfrage
- 19.10.2006: „Die EU im Selbstfindungsprozess – Was ist Europa?“
- 28.04.2006: Heimat bist du großer Bürger!
- 14.03.2005: NS-Widerstand Schwerpunkt in neuer Academia

Ohne die Bande der Mitgliedschaft also fordert der Cartellverband dennoch das Ende der Hetzkampagne.

Der Cartellverband setzt sich somit redlich und engagiert für die Meinungsfreiheit ein.

Oder setzt sich der Cartellverband doch mehr für jene Journalisten ein, die mit ihm persönliche Arbeitsbeziehungen unterhalten, für Journalistinnen, die zum Beispiel nicht nur moderieren und referieren, sondern darüber hinaus auch für die »Academia« schreiben und ihr Herausgeber Dr. Herbert Kaspar für die Zeitungen dieser Journalisten schreibt?

Termine

- 25.04.2007: Generationengerechtigkeit – politischer Kampfbegriff oder ethisches Leitbild?
- 18.10.2006: Die EU im Selbstfindungsprozess – Was ist Europa?
- 09.05.2006: AC: Wieviel Staat braucht die Wirtschaft?
- 09.05.2006: Wieviel Staat braucht die Wirtschaft
- 13.01.2005: AC: Freie Berichterstattung
- 13.01.2004: AC: Freie Berichterstattung

Gefunden auf ÖCV Online am [11. Juni 2007](#)

Noch eine Fußnote zu Waldheims Satz von der Pflichterfüllung als deutscher Soldat. Dieser war problematisch, weil er offen lässt, in welcher Weise das Wort "Pflicht" verstanden wird: Als innere

Der Satz über die Pflichterfüllung ist nicht problematisch: Kurt Waldheim wird als gläubiger Soldat halt seinen Führern in Jesu schlicht gefolgt sein. Vielleicht hatte er sogar

Verpflichtung und sittlicher Auftrag – oder aber als Pflicht im Sinne von Zwang, dem man sich ohne Lebensgefahr nicht entziehen kann.

Der Eifer, mit dem dieses Zitat Waldheims immer wieder zitiert wird, kontrastiert aber jedenfalls scharf zu der absoluten Reaktionslosigkeit in Hinblick auf den gleichen Satz des einstigen deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Dieser hat ihn nicht nur in einem Interview verwendet (wie Helmut Zilk angemerkt hat), sondern auch in einem Buch. Also in einem Text, wo man jedes Wort vor der Drucklegung zehnmal in Ruhe überdenken kann. Der Unterschied in der Reaktion beweist wohl ein großes Maß an moralistischer Heuchelei.

Dr. Andreas Unterberger am [15. Juni 2007](#)

Wir begleiten unsere Soldaten mit unseren Gebeten und gedenken in dankbarer Liebe der Toten, die ihr Leben für ihr Vaterland hingaben. Wir haben immer wieder und noch im Hirtenbrief des Sommers unsere Gläubigen zu treuer Pflichterfüllung, zu tapferem Ausharren, opferbereitem Arbeiten und Kämpfen im

die Denkschrift vom 10. Dezember 1941 und weitere Hirtenbriefe im Tornister?

Problematisch allerdings ist es, Helmut Schmidt als Zeugen zu nennen, um zu klagen, mit welcher Heuchelei einst gegen Kurt Waldheim vorgegangen worden sei.

Eigentlich ist es auch nicht problematisch, sondern einfach sehr typisch für gewisse österreichische Kreise, die viel von Wehleidigkeit, Heuchelei und Augenschließen halten und davon, mit ihnen zupaß kommenden Auslegungen rasch gegen andere vorgehen zu können.

Weder biographisch noch intellektuell sind Kurt Waldheim und Helmut Schmidt miteinander zu vergleichen. Und auf die Idee soll erst niemand gebracht werden, gar die politische Bedeutung von Kurt Waldheim gegen die von Helmut Schmidt abzuwägen.

Ob Helmut Zilk dieses Zitat aus dem »FAZ«-Interview vom 08.04.05 gemeint habe: »Daß

Dienste unseres Volkes in schwerster Kriegszeit eindringlich aufgerufen. Mit Genugtuung verfolgen wir den Kampf gegen die Macht des Bolschewismus, vor dem wir deutschen Bischöfe in zahlreichen Hirtenbriefen vom Jahre 1921 bis 1936 die Katholiken Deutschlands gewarnt und zur Wachsamkeit aufgerufen haben, wie der Reichsregierung bekannt ist (...).

*Denkschrift aller katholischen Bischöfe am 10.12.1941
an die Reichsregierung*

(...) weisen ihn [Adolf Eichmann] als einen Bürger mit konsequenten Eigenschaften aus, als einen Mann der absoluten Pflichterfüllung, einer Pflichterfüllung, die auch im Verbrechen nicht fragt. Diese »gewissenhafte« Pflichterfüllung ohne Abstriche, Eichmanns Haltung nämlich, ist gleichzeitig aber auch die bürgerliche Durchschnittshaltung ... natürlich nicht nur in Deutschland.

*Heinar Kipphardt im Gespräch mit Adelbert Reif,
veröffentlicht in Welt der Arbeit, 22.12.1967*

wir im falschen Krieg waren, dieses Gefühl hatte ich. Aber das hat mich nicht davon befreit, meine militärischen Pflichten zu erfüllen«?

Wie anders klang der Satz von Kurt Waldheim, der wohl fest daran glaubte ein bedeutender Mann zu sein. Aber im Angesicht der Frage nach seinem **Verhalten** im Dritten Reich sich in die Masse von Hunderttausenden von Österreichern, die ja nur ihre Pflicht erfüllt hätte, einreichte, und damit selbst die Frage nach seiner »Größe« ein für alle Mal klar beantwortete.

Tatsächlich problematisch aber (und das hat nicht mehr unmittelbar mit Kurt Waldheim zu tun, an den in dieser hektischen Zeit sich schon gestern kaum wer noch erinnern wird) ist die Treue zur katholisch- römischen Kirche und die Pflichterfüllung im Auftrag Jesu vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Wütungen der Angestellten dieser theo-

kratischen Vereinigung: u.a. zum Beispiel der Boykottaufruf gegen Amnesty International ...

Es hat für den Staat der Vatikanstadt auch theologisch wohl seine charmant konkrete Folgerichtigkeit, Menschenrechtsorganisationen zu verunglimpfen, die für das Abtreibungsrecht von Frauen eintreten, die aufgrund von Vergewaltigungen schwanger werden. Denn wann sonst kann es noch derart anschaulich wie durch das Verbrechen der Vergewaltigung benannt werden, was es heißt: schuldig geboren zu werden? Kinder, deren Zeugung ein Verbrechen war, benötigen seelsorgerischen Zuspruch und auch die Frauen, die durch einen kriminellen Akt schwanger und zum Gebären gezwungen werden. Selbst die Verbrecher sind für seelsorgerischen Trost sehr empfänglich. Ein derart großer Markt muß gottgemäß verteidigt werden, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Marktstrategisch handelt der Staat der Vatikanstadt also nicht ungeschickt, wenn er

sich diese seine eigene Kundschaft erzeugt, zumal die Angestellten dieses Staates mittlerweile nicht nur die religiöse Seelsorge beherrschen, sondern auch in vielen anderen Therapieformen sehr beschlagen sind.

Und wen sollten Verbrechen auf Erden noch kümmern, gibt es doch einen Richter, wie Kurt Waldheim in aufrechter katholischer Pflicht in seinem Vermächtnis schreibt, vor den getrost getreten werde könne im Wissen um seine Gerechtigkeit und Gnade. Der römisch-katholische Richter sucht ja seine Wahrheit bestimmt nicht zum Beispiel im österreichischen Strafgesetzbuch, in dem auch geregelt ist, daß mit von einem bis zu zehn Jahren (§ 202 geschlechtliche Nötigung) und mit von fünf bis zu fünfzehn Jahren (§ 201 Vergewaltigung) zu bestrafen ist, wenn die Tat u.a. eine Schwangerschaft, den Tod der genötigten/vergewaltigten Person zur Folge hat.

Es könnte gedacht werden, derartige Gesetze würden die Marktanteile des Staates der Vatikanstadt gefährden. Aber es darf dabei nicht die Gefängnis-Seelsorge vergessen werden; auch die muß erfolgreich Kunden vorweisen können.

Dies wird dann wohl das höchste Ideal der Familie aus der Sicht des Staates der Vatikanstadt sein: Im Besuchsraum des Kerkers sitzen vereint: die vergewaltigte Frau Mutter, der wegen Vergewaltigung verurteilte Herr Vater, das aus Verbrechen gezeugte Kind spielt, Vater und Mutter ehrend, auf dem Kerkerboden. Gefängnisseelsorger und Familienseelsorger gehen währenddessen in der Besuchszelle miteinander auf und ab, schauen gütig hinab auf ihre geschaffene Familie, planen die nächsten Therapieschritte und auch die Zeugung weiterer Kinder, ermahnen onkelhaft den Mann, dann doch rücksichtsvoller zu sein und erinnern die Frau wieder daran, daß Versöhnung und Muttersein

zu einem erfüllten Leben in Christo gehören. Und die zwei Seelsorger erbeten für sich, daß als zweites Kind eine Tochter ihnen geboren werde; denn mit einer Tochter zum Sohn, zum Vater wäre auch die familiär autarke Fortpflanzung über Generationen abgesichert.

Solange dieses Tagebuch erscheint, erscheint die ganze "Wiener Zeitung" in voller redaktioneller Unabhängigkeit. Die einzige Rücksichtnahme gilt den Lesern, dem Inhalt und der Qualität, aber ganz sicher niemandem, der uns zu drohen versucht.

Dr. Andreas Unterberger am [18. Juni 2007](#)

Auch im Fall von Dr. Andreas Unterberger funktioniert der Kurt-Waldheim-Reflex sehr gut: kaum soll Dr. Andreas Unterberger auf ihn allein betreffende und für ihn allein unangenehme Fragen unmißverständlich antworten, einzig für seine Handlungen persönlich einstehen, verschanzt er sich hinter der gesamten Redaktion der »Wiener Zeitung«.

Von Drohungen gegen die Redaktion oder gegen Dr. Andreas Unterberger war bisher öffentlich nichts zu vernehmen.

Das läßt auch den Schluß zu, Dr. Andreas Unterberger empfindet Rücktrittsaufforderungen als Drohungen gegen sich. Und wenn dem so ist, dann ist er als einer der massiven Verkünder von *Mehr privat, weniger Staat* äußerst eingeschränkt glaubwürdig. Denn das achte der in die Kurstafeln einprogrammierten Gebote lautet: *Wer es nicht bringt, der fliegt!*

Dr. Andreas Unterberger wird sich wohl mehr an der Zuordnungslinie zu diesem Gebot orientieren:

Für den Evangelisten selber aber muß es einen geschützten und unkündbaren Arbeitsplatz geben!

Die »Wiener Zeitung wird«, um es realparteipolitisch zu sagen, stets in der gut

bekannten redaktionellen Unabhängigkeit publiziert werden, wobei es dafür vollkommen belanglos ist, ob dieses Tagebuch weiter erscheint oder je erschienen ist.

Das Tagebuch soll bei gleichen inhaltlichen Positionen noch lange weitergeführt werden, aber, neoliberal gesprochen, von Journalistinnen, die es am besten können, von Kolumnisten, die am besten argumentieren, am besten schreiben ... So daß Inhalt und Stil es unumgänglich machen, in die auf höchstem Niveau geführten Diskurse Fakten, Überlegungen aus dem Tagebuch einzubringen.

Der gegenwärtige Verfasser verleitet höchstens dazu, gar keine Pausen von den (menschgemäß nicht immer vermeidbaren) Dummheiten in der Gegenrede zu machen: Wenn auf Leser Rücksicht genommen wird, mit wessen Feder wird dann geschrieben? Und welchen Leserinnen gilt dann keine Rücksichtnahme? Welcher Inhalt gilt, der, auf

den und wie Rücksicht, oder der, auf den und wie nicht Rücksicht genommen werden kann, oder wird aus lauter Rücksicht dem Tagebuch der Inhalt überhaupt genommen? Muß (und von wem) auf Dr. Andreas Unterberger Rücksicht genommen werden, damit von journalistischer Qualität gesprochen werden kann?

Ich gebe es offen zu (und gestehe es allen Plagiatsjägern): Das folgende Wissen ist nicht von mir, sondern stammt aus einer sensationellen Studie von Gunnar Heinsohn in der fast immer beeindruckend klugen Zeitschrift "Cicero".

Nur, so weist Heinsohn nach, wandern nach Europa die Falschen zu. Nur leistungsorientierte Fach- und Hochschulabsolventen würden unserer Zukunft nutzen, doch in der europäischen Praxis haben halblegal hier

Das hätte Dr. Andreas Unterberger gar nicht zugeben müssen, daß das Wissen nicht von ihm ist. Offen ist nur in Erinnerung an »Söhne und Weltmacht« von Gunnar Heinsohn aus 2003, was an der Studie heute am 22. Juni 2007 noch sensationell sein soll. Und offen ist auch: wer sind eigentlich die Jäger in der »Jagd auf Eliten«?

Sensationell aber ist, so weist Dr. Andreas

Lebende, nachziehende Familienangehörige,
Diskriminierte und Entwurzelte Vorrang (Caritas und
den Grünen sei Dank).

Hier müssen 70 Leistungsträger bald nicht nur 100 Alte
finanzieren, sondern zudem noch 30 Altersgenossen, die
mangels einer verwendbaren Erziehung von der
Wohlfahrt leben. Daher wandern kaum Eliten zu,
sondern es wandern auch immer größere Teile der
europäischen Eliten ab! Nämlich dorthin, wo ihnen
nicht 50, sondern maximal 30 Prozent des Einkommens
vom Staat abgeknöpft werden. Aber noch immer
quatschen manche vom "Modell" Europa . . .

Dr. Andreas Unterberger am [22. Juni 2007](#)

Mit der Zunahme leistungsintensiver Positionen nimmt
die Zahl männlicher Versorgungsangebote an potenzielle
Mütter ab. Um überleben zu können, müssen auch
Frauen unbeschränkt Geld verdienen dürfen. Dafür

Unterberger nach, daß Caritas und die Grünen
legislativ bestimmen (er spricht wohl
ausschließlich von Österreich), wer zuwandern
darf, und hauptverantwortlich sind für die
behördlichen Schwierigkeiten von
zuwanderungswilligen Eliten nach Österreich.

Interessant zu erfahren jedoch ist, daß Dr.
Andreas Unterberger selbst bestätigt, nicht zur
europäischen, nicht einmal zur öster-
reichischen Elite zu gehören; denn sonst wäre
er wohl auch schon abgewandert, wenn ihm
ein Steuersatz von maximal (die Betonung
liegt auf maximal) 50% derartige Holzbalken
im Auge sind.

Und wenn der Staat einem nicht gerade die
Hose aufknöpft, um nach den maximal 50%
zu grapschen, lebt es sich hier wohl ganz gut
mit Stammtisch und passenden Experten,
denen das Wissen abgeknöpft werden kann,
wenn auch nur dafür, um tüchtig die
»Falschen« zu selektieren.

erkämpfen sie noch im 20. Jahrhundert die Emanzipation mit den Rechten auf das Schließen von Arbeits-, Miet- und Kaufverträgen.

Gunnar Heinsohn, Cicero, Ausgabe Juni 2007

Treffender wäre es, würde Dr. Andreas Unterberger seine Schreibe übertiteln mit »Das total ideenfreie Stammbuch für Neunzehnhundert«.

Das wäre wohl eine sehr unterhaltsame *Alltagsgeschichte*, die Gäste an diesem Stammtisch zu sehen, wie sie sich darüber auslassen, daß jetzt auch Frauen ...

Wieso hat sich Kurt Waldheim nicht einfach zum Zivildienst gemeldet?

Prof. Dr. Lothar Höbelt am [22. Juni 2007](#)

Die Themen, denen sich unser Preisträger gewidmet hat, sind einerseits mit der Dissertation das Thema des politischen Antisemitismus in Deutschland in der

Dr. Lothar Höbelt scheint der Meinung zu sein, die »Wiener Zeitung« werde inzwischen ohnehin nur mehr von den »Falschen« gelesen, für die es sich nicht weiter lohne, zum eigentlichen Thema zu sprechen, darüber also, worum es damals in der Auseinandersetzung mit und um Dr. Kurt Waldheim tatsächlich ging. Kurt Waldheim wurde keineswegs der

wilhelminischen Epoche, dann eine ganze Serie von Werken zur Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges und die fachliche Kritik der sogenannten Wehrmachtsausstellung. (...)

Die Kontinuität, die Geschichte ausmacht, ist weitgehend verlorengegangen. Wir haben in den letzten Jahrzehnten etwas gehabt, was einer meiner Lehrer mal als die Reform der Geschichte durch die Elimination der Vergangenheit bezeichnet hat. Die wurde dann substituiert allenfalls durch eine ganz spezifische Vergangenheit, die nicht vergehen darf. Aber doch eher in einem episodischen Charakter, so daß die Geschichte ein wenig in die Richtung der Theologie gerückt wurde, des Religionsunterrichts samt Bußübungen und Wallfahrten, die aber die eigentliche Kausalität der Geschichte, wie es eigentlich gewesen ist und warum sich eines aus dem anderen entwickelt hat, doch eher in den Hintergrund hat treten lassen. (...)

Dann kommt es nicht mehr darauf an, ob Sie die Dinge,

Hauptvorwurf gemacht, Soldat gewesen zu sein. Dr. Kurt Waldheim war daher auch kein »Opfer eines veränderten Verhältnisses zur allgemeinen Wehrpflicht«.

Prof. Höbelt weiß es besser, aber für die »Wiener Zeitung« kann wohl mit Wissen gezeigt werden. Es ist zu vermuten, daß Prof. Höbelt durchaus klüger argumentieren kann. Seine Laudatio auf Dr. Stefan Scheil anläßlich der Verleihung des Gerhard-Löwenthal-Preises in 2005 könnte dafür ein Beleg sein. Vielleicht waren seine Bemühungen um Formulierungen aber mehr juristischen Gründen geschuldet? Denn solche Gründe fordern doch immer stark heraus, das Beste zu geben. Die Laudatio entbehrt jedenfalls nicht der Raffinesse: besonders im Hinblick auf das verfolgte Leben von Gerhard Löwenthal als Jude im Dritten Reich.

In einer Diskussion mit Burschenschaftlern über »Befreiung oder Niederlage« kann es

die Sie behaupten, auch belegen können, ob die dem Dialog mit den Quellen standhalten, sondern dann kommt es nur noch darauf an, im Rahmen des Diskurses mit Ihrer Hypothese sympathisch dazustehen – egal, ob Sie sie belegen können oder nicht. Die Frage, der sich Scheil in letzter Zeit im wesentlichen gewidmet hat, ist die Anfangsphase des Zweiten Weltkrieges. Und dem Autor gebührt ein besonderes Verdienst: weil er nämlich einen sehr genau argumentierten Schlag führt gegen etwas, was man den deutschen Größenwahn mit verkehrten Vorzeichen nennen könnte. Die gängigen populären Darstellungen zur Genesis des Zweiten Weltkrieges zeichnen ein Bild, das sich vom analytischen Gehalt eigentlich von der Göbbelschen Propaganda nur unwesentlich unterscheidet. Sie haben nämlich ein Bild eines einzigen vitalen Partners im internationalen System, der einer Reihe von dekadent mumifizierten Kontrahenten gegenübersteht, die offenbar regungslos abwarteten, was dem großen Führer denn als nächstes einfällt. Diese Vorstellung eines Akteurs und verschiedener mehr oder weniger unbeteiligter Passanten im internationalen System

freilich leicht passieren, wie in Innsbruck geschehen, daß jedwede Feinheit rasch vom Tisch gewischt wird.

Daß es ein Kompliment ist, kann nicht bestätigt werden, raffiniert aber ist es von der Wochenzeitung »Junge Freiheit« allemal, den Gerhard-Löwenthal-Preis in Kooperation mit Dr. Ingeborg Löwenthal zu stiften.

Nicht zu erfahren war, ob Dr. Herbert Fleissner 2004 bei der Verleihung des Ehrenpreises an ihn auch »Bravo« rief.

Welche seiner Sprechweisen Prof. Höbelt wohl in seinen Vorlesungen an der Universität Wien bevorzugt verwendet? Die einem Vortrag nicht unähnliche aus dem Interview mit Gerhard Frey jr. möglicherweise?

Fraglos großzügig, wenn auch überraschend, ist es von Prof. Höbelt, überhaupt jemandem, wenigstens »manchen Deutschen«, zuzugestehen, befreit worden zu sein; denn *sitzen* und *verhaften* klingen nicht dermaßen

erscheint doch jedem Kenner als wenig plausibel, und genau hier setzt unser Autor an, indem er diese seltsam pervers herrenmenschliche Attitüde in der Betrachtung dieser Dinge etwas zurechtrückt. (...)

Das Werk unseres Autors ist ein Bekenntnis zur Vernunft, sich nicht in Bekenntnislyrik zu ergehen, sondern zu schauen, wie es eigentlich gewesen ist(.)

*Prof. Dr. Lothar Höbelt, Laudatio, Junge Freiheit, 2.
Dezember 2005*

Lothar Höbelt, Historiker der Uni Wien, ist einer der drei Stargäste des Abends. Links und rechts von ihm sitzen alte Männer, die der Moderator als "unsere Zeitzeugen" ankündigt. Es sind Otto Scrinzi, Arzt, früher SA-Sturmführer, FPÖ-Nationalratsabgeordneter a.D.; und Herbert Fleissner, deutscher Verleger, ehemals Hitlerjunge, der rechte Zeitungen wie Zur Zeit unterstützt.

unrechtmäßig und willkürlich, daß deswegen sofort eine Armee eines anderen Staates zum Beispiel heute in Österreich einmarschieren müßte. Wer im Gefängnis sitzt, wurde vorher rechtmäßig wegen einer Straftat verhaftet und sitzt nach rechtmäßiger Verurteilung dann eine Strafe ab; im KZ wurden aber keine rechtmäßig verhängten Strafen abgesessen. Für »viele andere« aber begannen damals, so Prof. Höbelt lyrisch, »Leid und Gefangenschaft«, weil die Alliierten, könnte daraus geschlossen werden, sich einbildeten, unbedingt »manche Deutsche« aus dem KZ befreien zu müssen.

Während draußen die Demonstranten gegen das Fenster pumpen, erzählt Höbelt vom "Begriff der 'Befreiung', der immer relativ ist". Der trainierte Redner im Trachtenjancker wirft als Randbemerkung ein, "es ist eine gute Idee, dass wir weiterhin einen weißen Papst haben". "Bravo!", sagt Fleissner, klopft mit den Fingergelenken auf den Tisch - und der Saal klopft mit.

Höbelt spricht vom "so genannten Holocaust", übergibt das Wort an Scrinzi. Dieser erzählt "von diesem schrecklichen 8. Mai"; die Niederlage habe ihn tief getroffen. Fleissner sagt, er habe an jenem Tag geheult.

Tirol.com am 20. April 2005

Ein Tag der Niederlage war der 8. Mai 1945 auf jeden Fall. Wenn die Armee einer Großmacht kapituliert, ist das ein unzweideutiges Zeichen der Niederlage. Ein Tag der Befreiung? Da kommt es auf den Einzelfall an. Manche Deutsche sind sicherlich befreit worden – wer im KZ saß oder in Gefahr war, verhaftet zu werden. Für

viele andere begannen damals Leid und Gefangenschaft.
Ich halte den Begriff „Befreiung“ ohnedies für eine
pathetische Worthülse, einen politischen
Propagandabegriff. Natürlich kann man sagen: Ich bin
von einem totalitären Regime befreit worden oder vom
Krieg. Aber schlechthin von einem „Tag der Befreiung“
zu sprechen, ist ein Propagandaslogan.

*Prof. Dr. Lothar Höbelt im Interview mit Gerhard Frey jr.:
National-Zeitung/Artikel_05/NZ18_4*

Ein grüner Justizsprecher verlangt, dass ein Ehepartner
(bei der feministischen Partei heißt das immer: die Frau)
lebenslänglich Anspruch auf Unterhalt haben soll, auch
wenn sie (oder er) alleine schuld an der Scheidung ist.
Lediglich bei Gewalttaten sei eine Ausnahme denkbar.
Die Opfer ehelicher Tötungen werden dankbar sein.

Dr. Andreas Unterberger am [2. Juli 2007](#)

Wiederum ein gutes Beispiel, wie selektiv und
manipulativ Dr. Andreas Unterberger vorgeht,
um sein Tagebuch überhaupt füllen zu
können. Dafür reicht es aus, Berichte über das
von Albert Steinhauser Gesagte in anderen
Zeitungen zu lesen, um dies ohne Mühe, vor
allem ohne geistige Anstrengung zu erkennen.

Die Grünen sind für eine Abschaffung des so genannten Verschuldensprinzips bei Scheidungen. So solle in Zukunft nicht mehr relevant sein, wer Schuld am Scheitern der Ehe ist. "Die Frau, etwa, die 20 Jahre zu Hause geblieben ist, soll auch Unterhalt bekommen, wenn sie ihren Mann betrogen hat", sagte am Montag der neue Grüne Justizsprecher Albert Steinhauser bei einer Pressekonferenz. Er folgt in dieser Funktion der neuen Dritten Volksanwältin Terezija Stoisits.

Gastinger plante Ähnliches

Zuletzt hatte die damalige BZÖ-Justizministerin Karin Gastinger mit dem Vorschlag aufhorchen lassen, das Scheidungsrecht zu reformieren und das Verschuldensprinzip neu zu diskutieren. Geht es nach den Plänen Steinhausers, soll in Zukunft das "Zerrüttungsprinzip" ausschlaggebend sein. "Unterhalt soll nicht als Strafe entzogen werden", so der neue Justizsprecher. Stattdessen müssten soziale Erwägungen im Mittelpunkt stehen.

Und diese Berichte bestätigen wieder einmal die stammtischliche Einfachheit des Herrn Unterberger.

Und weil es wohl auch wieder einmal um Mißgunst geht, ist es nicht unanständig, Dr. Andreas Unterberger, der am 28. Juni 2007 NGOs, die seiner Angabe nach durch bewegende Fotos von Eisbären viele Spenden und Steuergeld lukrieren, den Neider also darauf hinzuweisen, daß eine Überbezahlung nicht zwingend etwas über die Qualifizierung des Begünstigten aussagt.

So hätten viele Ehepartner auf Grund ihres ehelichen Engagements keine Möglichkeit mehr, wieder in den Beruf einzusteigen. Ausnahmen kann sich Steinhauser etwa bei Gewaltdelikten vorstellen.

Grund für den Vorstoß des neuen Grünen Justizsprechers ist die hohe Scheidungsrate in Österreich und die Definition der Ehe aus dem Jahr 1811, die nach wie vor in Kraft sei. So genannte "Patchwork-Familien" würden bei den gesetzlichen Regelungen derzeit nicht berücksichtigt. Ganz auf Grünen-Linie ist Steinhauser auch bei gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, die er familienrechtlich gleichgestellt sehen will.

der.standard.at, 2. Juli 2007

Und nur selten ist ein Partner alleine am Scheitern der Beziehung schuld. Daher spricht einiges für die Initiative des grünen Justizsprechers Albert Steinhauser: Das Verschulden an der Scheidung soll gar nicht mehr erforscht werden, entscheidend für nacheheliche Unterhaltszahlungen nur die Bedürftigkeit des Ehepartners sein. (...) Freilich kann das nicht heißen,

dass man nach der Scheidung nie mehr arbeiten muss.
Nach einer gewissen Zeit ist es zumutbar, für sich selbst
zu sorgen. Überdies wird beim Unterhalt in
Ausnahmefällen auch künftig das Verschulden eine
Rolle spielen müssen. Wenn etwa ein Ehepartner
Straftaten gegen den anderen gesetzt hat, ist eine
Unterhaltszahlung unzumutbar. Dasselbe gilt, wenn
jemand einen schwer erkrankten Partner verlässt. (...)
Sinnvoll erscheint also eine Umkehrung des jetzigen
Scheidungsmodells

Philipp Aichinger, Die Presse, Print-Ausgabe, 3. Juli 2007

Die Filmemacher trösten sich zweifach: Zum einen
brüsten sie sich mit Preisen bei cineastischen Festivals
(So wie einst Claus Peymann den Exodus der Zuschauer
mit dem Lob durch das deutsche Feuilleton
kompensiert hat).

Dr. Andreas Unterberger am [6. Juli 2007](#)

Es können erneut ein paar Daten angeführt
werden, mit denen ein weiteres Mal rasch auf-
zuzeigen ist, wie durch Dr. Andreas Unter-
berger die Tageszeitung der Republik
Österreich als ein Blatt für lallende Stamm-
tischler nachhaltig etabliert wird, mit deren
Lob allein zu brüsten sich einzig Dr. Andreas
Unterberger tröstend zufrieden geben kann.

Stellt man die Sitzplatz-Auslastung im Spieljahr 1995/96 jener des Vorjahres gegenüber, ergeben sich positive Trends für Burgtheater (74,23 % nach 71,69 %) und Akademietheater (91 % nach 87,71 %) ...

Parlamentskorrespondenz/BL/24.01.1997/Nr. 49

Der “ungekrönte Zuschauerkönig” heißt Claus Peymann.

Der Tagesspiegel am 12. März 2007

Wann einst? 1995/1996?

Für Herrn Unterberger persönlich eine Hilfe: 1995/1996 war Claus Peymann Direktor des Burgtheaters. 74,23% sind mehr als 71,69% und 91% sind auch mehr als 87,71%.

Wann einst? 2005/2006?

Als Direktor vom Berliner Ensemble hat Claus Peymann für 2006 eine Auslastung von 85,36% (»FAZ«, 2. Jänner 2007) vorzuweisen, das Burgtheater eine Auslastung von 84,53% (Wiener Burgtheater, Geschäftsbericht 2005/2006).

Was für ein Exodus, einst!

Möglicherweise, würde rein von der Auslastung ausgegangen werden, meinte Dr. Andreas Unterberger den Parodos der Zuschauerinnen. Aber der unterbergerische Satz läßt es logisch nicht zu, dies annehmen zu können. Eher noch zum Beispiel, daß an Stammtischen in Stehweinhallen es aus

vielerlei Gründen, auch der Kompensation, nicht unüblich ist, Wörter sinnverkehrt zu verwenden.

Damit ist wohl auch ausreichend beantwortet, was von den Ansichten in der Schbeire von Dr. Andreas Unterberger zu den Bedingungen am Filmmarkt zu halten ist.

Denn konsequent umgesetzt führt sie zu einem Grundrecht für sechs Milliarden Erdenbewohner auf Zuzug nach Österreich.

Dr. Andreas Unterberger am [9. Juli 2007](#)

Für einen »Gutmenschen« reichte diesmal als Kommentar wohl aus, einfach den Titel von Dr. Andreas Unterberger anzuführen: »Unmenschlich«.

Diese allzu gut bekannten von Schlichtheit geprägten Aussagen von gegen Menschenrechte geeichten Stehweinhallen-runden allein wären auch nicht weiter (sind diese doch höchstens noch für jene unterhaltsam, die bisher keine Freakshow besuchten) interessant zu kommentieren, aber –

Mit diesem Satz über das Grundrecht für sechs Milliarden Menschen ist Dr. Andreas Unterberger aufgestiegen zum Idol der auf rechtsignorierende Lösungen eingeschworenen Populistinnen. Gegen Dr. Andreas Unterberger wirken ab heute sogar die politisch extrem weit rechts Verankerten zurückhaltend und so etwas wie beinahe sachlich mit ihren Angstmache-Parolen. Denn, soweit bekannt, werden von diesen höchstens immer mal wieder vor ein paar Millionen, die Österreich unterwandern wollen, gewarnt. Die Stehweinhallenrunden, vor allem jene im Cottage, werden ab jetzt hinaufblicken zu Dr. Andreas Unterberger in der Kammer mit Balkon auf den neoliberalen Heldenplatz und skandieren: Amtlich ist es, Österreich droht Zuzug von sechs Milliarden.

Für den Chefredakteur der Tageszeitung der Republik Österreich also sind:

das Fremdenrecht: ein Sommerthema;

die Menschenrechtskonvention: ein Sommerthema;

die Mitglieder des Menschenrechtsbeirates im Innenministerium bloß irgendwelche Kritiker, die ein Sommerthema gefunden haben, weil das Parlament auf Urlaub ist;

die Verfassung der Republik Österreich: nicht erwähnenswert: verschweigt Dr. Andreas Unterberger doch in dieser seiner heutigen Schbeire, daß der Menschenrechtsbeirat im Innenministerium zum Schluß gekommen sei, daß das Fremdenrecht damit auch verfassungswidrig ist.

Weshalb die »beiden Rechtsinstrumente« (gemeint sind damit wohl Fremdenrecht und Menschenrechtskonvention. Und wie sieht Dr. Andreas Unterberger in diesem Zusammenhang die Verfassung? Von ihm kein Wort dazu.) bei »rein juristischer Analyse« sich »nicht gut miteinander vertragen«? Diese Analyse liefert Dr. Andreas Unterberger

erwartungsgemäß nicht. Eingedenk der bekannten unterbergerischen Qualitäten ist es aber auch sehr leicht nachzuvollziehen, warum Dr. Andreas Unterberger keine Analysen vorlegen kann.

Weder Fremdenrecht noch Menschenrechtskonvention noch Verfassung sind Sommerthemen, und auch Dr. Andreas Unterberger ist ausschließlich im Hinblick auf seine Position als Chefredakteur der Tageszeitung einer der Rechtsstaatlichkeit verpflichteten Republik lange schon kein Sommerthema mehr.

Warum gibt es übrigens keine einzige unabhängige NGO, welche konsequent die Missstände rund um die Medien aufzeigt (die ja in einer Demokratie eine wesentliche Aufgabe haben)? Die NGO kümmern sich

Warum gibt es in der »Wiener Zeitung« übrigens keine einzige Person, die Dr. Andreas Unterberger vor Drucklegung seiner Schbeire konsequent aufzeigt, daß es zum Beispiel nicht nötig sei, so eine Frage auszuwerfen, weil diese

aber lieber um die Laichplätze von Fröschen und um das vermeintliche Recht jedes Interessierten auf Einwanderung nach Österreich.

Dr. Andreas Unterberger am [16. Juli 2007](#)

erstens in einem Kommentar zum Bawag-Prozeß ganz (weil themaverfehlend) unpassend ist, zweitens Dr. Andreas Unterberger im unmittelbaren Absatz davor selbst Mißstände öffentlich macht, wenn er u.a. die »News«-Berichterstattung kritisch vor die Augen der (wohl auch »News«-)Leserinnen bringt? Und drittens die Antwort, für die Dr. Andreas Unterberger allein zu geben talentiert ist, nichts mit dem Gerichtsverfahren zu tun hat, sondern bloß erneutes unachtsames Ausschütten auf die eingetrockneten Stehplatzfleckchen ist. Es dürfte in der »Wiener Zeitung« übrigens wohl auch keine Einschulungen und Fortbildungen für leitende Angestellte geben; denn sonst müßte Dr. Andreas Unterberger wenigstens seit seinem Arbeitsbeginn am 1. Mai 2005 es wissen, daß bereits geeignete Instrumente vorhanden sind gegen die auch von ihm kritisierten Mißstände.

Für Dr. Andreas Unterberger allein eine kleine Orientierungshilfe:

Es gibt das Mediengesetz.

Es gibt den Ehrenkodex für die Österreichische Presse, dem übrigens die »Wiener Zeitung« gemäß Impressum verpflichtet ist. Falls Dr. Andreas Unterberger der Ehrenkodex wegen fehlender Einschulung und Fortbildung verständlicherweise wirklich nicht geläufig sein sollte:

de.wikipedia.org/wiki/Ehrenkodex_f%C3%BCr_die_%C3%B6sterreichische_Presse

Es gibt den Österreichischen Presserat, der die Einhaltung dieser strengen Regeln überwacht.

Und Dr. Andreas Unterberger selbst steht auf dieser Liste, weil er als Medienarbeiter durch Aufzeigen von Mißständen, wie oben ausgeführt, an dem gegenseitigen Kontrollieren und Berichtigen durch die Medien selbst aktiv beteiligt ist. Die mediale Vielfalt also ist schon

ein sehr brauchbares Kontrollwerkzeug. In diesem Sinne ist Dr. Andreas Unterberger selbst die von ihm geforderte unabhängige NGO. Aber vielleicht hat er seinen heutigen Eintrag selber nicht verstanden? Oder vor Drucklegung gar nicht, nicht einmal mehr selbstbestätigend gelesen?

Zusätzlich gibt es eine Vielzahl an alternativen Presseagenturen, Online-Medien, Printmedien, Blogs usw., die der sogenannten Zivilgesellschaft zugerechnet werden können. Und die es auch als eine ihrer konsequent zu erfüllenden Aufgaben sehen, mediale Mißstände zu thematisieren.

Ob Dr. Andreas Unterberger auch noch Lehrbeauftragter an der Universität Wien ist, ist nicht bekannt.

Wenn er für die Politikwissenschaft es noch sein sollte, muß aber angenommen werden, daß für diese seine Lehrtätigkeit großzügig darauf verzichtet wurde, je sein Sachwissen

über die gesamte Medienlandschaft abzufragen.

In Deutschland wird daher nun sogar die Bundesbahn teilweise verkauft.

All diese Fakten will man aus dem Bewusstsein löschen. In einer Orwellschen Umschreibung der Geschichte soll die Privatisierung zum Kardinalfehler werden, ...

Das größte Risiko für ein Unternehmen bleibt aber der eigene Staat (Bund wie Länder) als Eigentümer. Der will primär Parteigänger mit Posten versorgen, ist innovationsscheu und sieht in Mitarbeitern wie in Kunden nur Wähler, die man umhätscheln muss. Was langfristig zur Katastrophe für die Substanz jedes Betriebs führen muss.

Dr. Andreas Unterberger scheint sein Tagebuch nicht für die Leserinnen zu schreiben, sondern für sich, als eine Art persönliche Anleitung in Form von Merksprüchlein. Heute:

»Nur nichts aus der Geschichte lernen!«

Aber auch aus der Geschichte der Privatisierung wie der Verstaatlichung können Lehren gezogen werden, jedoch nur, wenn nicht einer Schule blind ergeben gefolgt und dieser eine Glaube mit zur Manipulation ausgewählten Daten verbreitet wird.

Dr. Andreas Unterberger zu antworten, ist sehr einfach: heute zum Beispiel führt er die vor der Privatisierung stehende Bundesbahn

Wie sie vor 25 Jahren unter totaler Staats(=Partei-) Kontrolle gekriselt haben – und wie sie heute blühen.

Dr. Andreas Unterberger am [26. Juli 2007](#)

Zurück zum Staat

Bahnprivatisierung in Großbritannien war ein Fehlschlag

Die Privatisierung der Deutschen Bahn nimmt konkrete Formen an. Was die Einen als große Errungenschaft ansehen, stößt bei Anderen auf harsche Kritik. Das Beispiel Großbritannien zeigt, dass Einwände gegen eine Privatisierung der Bahn begründet sind. Dort ist man bereits auf dem Wege der Rückverstaatlichung.

Trotz der hohen Preise kostet die Bahn den britischen Steuerzahler heute gut doppelt soviel wie vor der Privatisierung.

Bestätigt sehen sich die Kritiker der Bahn jetzt auch durch die Teilprivatisierung der Londoner U-Bahn "Metronet".

in Deutschland an und bringt dadurch (ungewollt zwar, aber) selber die nicht positive Privatisierung der Eisenbahn in Großbritannien nachdrücklich in Erinnerung.

Und auch die Gegenwart eignet sich hervorragend als Lehrstoff aus dem Bereich Schienenverkehr: die katastrophale Entwicklung der Teilprivatisierung der Londoner U-Bahn »Metronet«.

Da Dr. Alfred Gusenbauer noch nicht dermaßen lange Praktikant auf dem Ballhausplatz ist, daß er Parteigängerinnen gar zahlreich schon mit Posten versorgt haben wird können, wird Dr. Andreas Unterberger von der in staatlichem Eigentum befindlichen »Wiener Zeitung« wohl den von ihm am 20. April 2007 als *neben Kreisky und Raab bedeutendsten Kanzler der Republik* gezeichneten Dr. Wolfgang Schüssel meinen.

Ob Dr. Andreas Unterberger von den mit Posten in verstaatlichten Betrieben versorgten

Die größte der für die Wartung der Gleise zuständige Privatgesellschaften hat vom städtischen Verkehrsverbund zwar umgerechnet mehr als 1,2 Milliarden Euro kassiert im vergangenen Jahr. Nach einem Streit über seine unzureichenden Leistungen hat das Konsortium gerade aber Konkurs angemeldet.

Deutschlandfunk am 24. Juli 2007:

<http://www.dradio.de/index.php?uri=dlf/sendungen/europaheute/649419/>

und verhätschelten Parteigängern ein bestimmtes Faktotum vor Augen hat?

... Von der antiken Christenverfolgung ...

... die neuzeitlichen Christenverfolgungen ...

Die Politik wiederum sollte darauf verzichten, kirchliche Angelegenheiten zu thematisieren, sie sollte froh sein, dass sie in den Gläubigen Bürger hat, die nachgewiesenermaßen gesetzestreu sind und gesünder leben als der Schnitt.

Der Besuch des alten Theokraten

spornt an. Am 7. September 2007 zum Beispiel Herrn Dr. Andreas Unterberger dazu, gleich zwei Eintragungen in seinem Tagebuch vorzunehmen. Auch wenn die erste Eintragung »Der Automaten-Glaube« überraschend und seltsamerweise, weil gegen die übliche

Was nicht heißt, dass der Staat auch nur eine Sekunde mit dem energischen Eingreifen zögern dürfte, wenn religiöse Strukturen - wie im heutigen Islam - von Terroristen benutzt werden; oder wenn Gläubige gar zum Terrorismus hingeführt werden.

Dr. Andreas Unterberger am [7. September 2007](#)

Gepflogenheit, einen Tag später in der Online-Ausgabe der »Wiener Zeitung« nicht mehr zu finden ist und in der Printausgabe 8. September 2007 (warum) nur der zweite Eintrag »Des Menschen Recht« abgedruckt ist, soll hier lediglich auf die erste Schbeire eingegangen werden.

Was haben Verteidiger der Wiedergänger des Nationalsozialismus und Weitergänger der römisch-katholischen Kirche gemein? Die »Wiener Zeitung« als ein als *gewichtig* und *unverdächtig* zu bewerbendes Medium für ihren Revisionismus, für ihre Propaganda ...

Und diese Parteigänger verbindet weiter auch die stehweinhallenrundengemäße Art, wie sie ihre Regime von Schuld reinzuwaschen, wie sie ihre Regime als *die wahren Verfolgten, die wahren Opfer* hinzustellen versuchen.

Diese tendenziöse Darstellung der Geschichte der römisch-katholischen Kirche auch durch Dr. Andreas Unterberger hat daher ebenfalls

nicht die Qualität, tatsächlich darauf eingehen zu müssen.

Der Herausgeber der Tageszeitung der demokratischen Republik Österreich aber wird endlich darauf eingehen und entscheiden müssen, ob es tatsächlich weiter angebracht ist, einen Dr. Andreas Unterberger als Chefredakteur zu beschäftigen, der gegen Menschen, die nicht am Produkt dieser römisch-katholischen Gemeinschaft interessiert sind, als weniger gesetzestreu, als weniger gesund lebend hetzt.

Der Herausgeber der Tageszeitung der demokratischen Republik Österreich wird also endlich darauf eingehen und entscheiden müssen, ob es tatsächlich weiter angebracht ist, Dr. Andreas Unterberger in einer derart symbolträchtigen Position zu halten.

Österreich bekommt noch eine Partei lautet heute,
am [27. September 2007](#), u.a. eine Schlagzeile.

Die Partei *die Christen* betreibt eine Homepage, auf der
ihr Parteiprogramm *leben.werte.zukunft für Österreich*
nachgelesen werden kann.

Nicht-christliche Tücher auf dem, christliche
Knoten im Kopf

Während vor allem ein Innenminister Günther
Platter durch Herbeireden einer nicht-
christlichen Gefährdung der Sicherheit in
Österreich seine Bedeutung zu erhöhen
versucht, gehen die Christen daran, tatsächlich
für die Menschen in Österreich äußerst
gefährlich werden zu wollen; denn die
Christen wollen gewählt werden, um nach
ihrem Glauben die Gesetze zu reinigen.

Im Verständnis der Christen scheint es also
weiter einen auf Recht basierenden Terror
zu geben, nämlich den wertereichen Staats-
terror. Und diese ihre Staatsgewalt wollen die
Christen wieder umfangreich übertragen
bekommen, um gegen alle Menschen wieder
mit Gotterbarmen vorzugehen, die keine

Erfüllung finden in christlichen Zucht- und Ordnungspraktiken.

Schon eine Zeile aus dem Parteiprogramm der Christen anzuführen, käme einer Weiterbetätigung gleich. Diese ihre Anmaßung als Parteiprogramm beweist nur eines sicher, im Gegensatz zu Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll haben die Christen tatsächlich bloß ein Buch gelesen, und dieses noch in einer tendenziösen Übersetzung. Sonst wäre es nicht möglich, Gesetze zu fordern, die bar jedweder Berücksichtigung gegenwärtiger Erkenntnisse und Gegebenheiten sind.

Während es nur Mutmaßungen gibt über die tatsächliche Höhe der Anhängerschaft des nicht-christlichen Flügels, wird die Anhängerschaft der Christen spätestens anhand der Unterstützungserklärungen für das von ihnen angekündigte Kinder- und Familienvolksbegehren und für ihr Antretenkönnen bei der Landtagswahl 2008 in Niederösterreich

gesichert zu beziffern sein. Sobald die Zahl der *Christenschaft* amtlich feststeht, dürfen mit Spannung die Reaktionen darauf (um wieviel, wenn überhaupt, verspätet) erwartet werden: vor allem von einem Innenminister. Ob er zum Beispiel auch davon sprechen wird, daß es kein Spaß sei, die Bevölkerung zu verunsichern, daß *die Christen* gefördert, aber auch gefordert werden müssen, *die Christen* integrationswillig zu sein haben?

Notizen zu überholten Begriffen

Die gegenwärtigen Aufregungen in Österreich können als Beispiel dienen, wie überholt und unergiebig das Denken ist in den Begriffen

Nationalität

oder

Integration

oder

Migration

oder

Volk

oder

...

Denn keine Vision ist in dieser aufgeregten Debatte zu vernehmen. Sondern nur. Die einen sind moralin für ein striktes Exekutieren des Fremden- rechts. Die anderen brandmarken dieses pflichtharte Exekutieren als unmenschlich und fordern moralin, den Ermessensspielraum im Fremdenrecht zu nutzen, um Härtefälle zu vermeiden. Befürworter eines gnadenlosen Exekutierens wie Befürworterinnen eines menschlichen Auslegens und Anwendens des Fremdenrechts anerkennen somit im gleichen Ausmaß das Unterscheiden zwischen *Fremde* und *Nichtfremde*. Es ist bloß ein Streit darüber, wer ist *menschlicher*. Die einen dabei gekleidet in moderndem, die anderen in modernem Loden.

Es sind neue Gesetze zu denken, deren Grundlagen nicht weiter zu pflegende Vorstellungen sind. Wie und wie viele Menschen also können auf einer Fläche wie Österreich leben, ohne daß es zu einer Verminderung der etablierten Standards in diesem Gebiet der Erde kommt. Es sind somit gänzlich neue Gesetze zu denken, die auch das destruktive Einteilen in Ethnien, in Kulturen und so fort

beenden. Mit neuen Gesetzen aber in nur diesem einen gesellschaftspolitisch relevanten Bereich allein ist es nicht getan. Die Gesellschaftspolitik insgesamt ist in gänzlich neuen Gesetzen zu denken. Auch wenn es enorm mehr Arbeit macht und tatsächliche Bereitschaft zur essentiellen Neuerung verlangt, als etwa das gemütliche Zurückgreifen auf traditionelle Besteuerungsmodelle, wie zum Beispiel aktuell jenes der **ÖVP** auf *Familien splitting*.

Neu ist daran menschengemäß nichts, es muß menschengemäß nur wieder und wieder geschrieben werden.

Denn es wird Gesellschaftspolitik nicht mehr breit diskutiert, sondern, wie anhand des so viele Herzen aktuell rührenden Einzelfalles wieder einmal beispielhaft gezeigt werden kann, höchstens noch in nahezu schon kitschiger Art auf Ungerechtigkeiten moralin reagiert, entweder durch populistisches Verharren in einseitiger Auslegung umstrittener Gesetze, oder durch Schreie nach **Humanität**, jedoch weiter im Rahmen umstrittener Gesetze

Es war eine jener Seiten am österreichischen Journalismus, auf die man stolz sein konnte: Selbstmorde von Jugendlichen – angedrohte wie realisierte – waren in aller Regel kein Thema der Berichterstattung. Man verletzte damit zwar die Informationspflicht, handelte aber aus Verantwortungsbewusstsein: Denn Selbstmordberichte würden andere labile Jugendliche zu ähnlichen Taten anstacheln; im Hormonwirbel der Pubertät überschätzen sie ja oft dramatisch die Bedeutung einzelner Schicksalsschläge, wie die Abweisung durch einen angehimmelten Partner, die Scheidung der Eltern, oder eine negative Note.

Dr. Andreas Unterberger am [9. Oktober 2007](#)

Die Liste solcher Sprüche lässt sich lange fortsetzen. Sie stammen nicht von Al-Kaida- Videos, nicht aus Unterlagen verhafteter Terrorverdächtiger. Diese Zitate

Wenn Dr. Andreas Unterberger als Chefredakteur der Tageszeitung der Republik die Tatsachen verfälscht, weshalb über diesen Einzelfall eines als letzten Ausweg in Betracht gezogenen Selbstmordes einer Jugendlichen, den sogar Dr. Alfred Gusenbauer schon als Symbol erkennen kann, ausführlich informiert wird, und er mit seinem stolz tabuisierten Verantwortungsbewußtsein Verschweigen als die Lösung offeriert, ist dringend zu fragen: Wer ist mehr nicht tragbar:

Andreas Unterberger als Chefredakteur oder die Regierung, die einen verstaatlichten Chefredakteur für die Tageszeitung der säkularen demokratischen Republik Österreich sich hält, der Schweigen, somit Selbst-Zensur, fordert von Medien, die auch mittels Einzelfälle über die »Pflichterfüllungen« der Regierung zu berichten als notwendig einschätzen.

kommen vielmehr aus dem normalen österreichischen Schulunterricht. Sie sind Mitschriften dessen, was vom Steuerzahler bezahlte Religionslehrer vortragen. Diese Zitate sind auch dem Unterrichtsministerium bekannt. Es hat aber darauf ebenso wenig reagiert wie auf die Veröffentlichung von Tonband- Mitschnitten radikaler Predigten jenes Mannes, der von der Republik dafür bezahlt wird, diese Religionslehrer auszubilden.

Dr. Andreas Unterberger am [5. Oktober 2007](#)

Da die Regierung jetzt die totale Unterstützung für ihr pflichthartes Exekutieren und der unbedingten Beibehaltung des Fremdenrechts benötigt, wird für ihren Weg in eine Prälatenrepublik auch die Tageszeitung der Staates schon einmal als religiöses Blatt probeweise eingesetzt. Johanna Schwab, deren Abbildung eine Frau mit Uniformtuch verhülltem Kopf zeigt, schreibt heute, am 9. Oktober 2007, in bester römisch-katholischer Einspeichelei und in bewußtem Verschweigen der Ursachen eine Einladung an Jugendliche, in den Kosovo zu kommen:

weil dieses arme Land ihre Heimat sei,

weil sie, die Barmherzige Schwester, noch nie Jugendliche im Kosovo getroffen habe, die Alkohol, Drogen oder Nikotin mißbraucht hätten,

weil es im Kosovo kaum Lehrmittel, kein Wasser im Haus, kaputte Fenster gebe, die Schule zwar fast baufällig sei, aber hier könne man besser lernen, weil hier wollen alle,

weil eines Tages auch der Kosovo zur EU gehören werde und dann seine Jugend eine Bereicherung für ganz Europa sein werde.

Johanna Schwab schließt ihre Propaganda in Christo an diese Jugendliche mit: »Ich bete für Dich«.

Die Antwort auf die eingangs gestellte Frage fällt für Dr. Andreas Unterberger (seit langem) und für die Regierung (immer mehr) gleich aus: nicht tragbar.

... braucht kaum noch zu manipulieren, sondern
lediglich selektiv zu berichten ...

Dr. Andreas Unterberger am [18. Oktober 2007](#)

Die wesentliche Begründung der Straßburger Höchstrichter lautet, das Ausstellungsverbot sei »nicht angemessen« und in einer demokratischen Gesellschaft nicht [notwendig](#). Das Urteil zeigt – wieder einmal –, von welchem Gedankengut die europäische Elite getragen wird. Dass ein solches Machwerk die Gefühle religiös empfindender Menschen verletzt und damit ihre Menschenwürde, das hat diese Richter nicht interessiert.

Jetzt wäre es ein Gebot der Stunde, die christliche Gesinnung unter Beweis zu stellen und diesen Richtern einen Spiegel vor Augen zu halten. Denn eines ist klar: die schärfste denkbare Kritik an einem solchen Urteil und an den an dieser Entscheidung beteiligten Richtern wäre noch viel zu [milde](#).

Ist auf der Homepage von der Partei die Christen zu lesen im [Oktober 2007](#), unter News.

Den Mildern ihre [Glauben](#) – den Glauben ihre [Endlösungen](#)

Drittklassige Journalisten lassen sich nun irgendwelche
selektiven Aktenstücke zustecken, recherchieren nicht,
um einen »eigenen« ...

Dr. Andreas Unterberger am [17. Oktober 2007](#)

...Übervater Wolfgang Schüssel ...

Dr. Andreas Unterberger am 12. Oktober 2007

"In Österreich fehlt ein starker Mann, der einmal Ordnung schafft." 39 Prozent der jungen Österreicher zwischen 12 und 19 sind dieser Meinung. Es rieselt einem kalt über den Rücken. 62 Prozent der Jungen haben Vertrauen in die Polizei, aber nur 18 Prozent zu den Parteien. Vermutlich hätten Umfragen in den 30er Jahren ähnliche Ergebnisse gezeitigt. Wird da einem neuen Hitler der Weg bereitet?

Dr. Andreas Unterberger am [22. Oktober 2007](#)

Dr. Andreas Unterberger wird wohl von einem Stehweinhallenrundenkumpanen diese Zahl zugerufen worden sein. Und sein Kamerad wird diese Zahl irgendwo aufgeschnappt haben, selbst aber nicht die Studie gelesen haben: GfK, Austria Sozialforschung, Jugend und politische Orientierungen, 2007, 140.707, 750 erreichte Interviews, im Auftrag der Industriellenvereinigung und Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend, Dateninterpretation Univ.-Doz. Dr. Peter A. Ulram, September 2007.

Denn ein Dr. Andreas Unterberger, immerhin lehrte er (oder lehrt noch?) an der Universität, wird eine Studie zu lesen verstehen. Niemals wird ein Dr. Andreas Unterberger, immerhin ist er Chefredakteur der Tageszeitung der Republik, Schlüsse gegen die Daten ziehen.

Ein derart beschäftigter Mann, wie Dr. Andreas Unterberger, hat wohl nicht die Zeit, zu recherchieren.

Richtig gehört hat also Dr. Andreas Unterberger die Zahl für 2007: 39%. Sein Stehweinhallenrundenkumpan hat ihm aber die Vergleichszahlen zu dieser abgefragten Aussage, daß ein starker Mann, der einmal Ordnung schaffe, fehle, verschwiegen:

1986 waren es 54%,

1992 waren es 35%,

1996 waren es 39%,

2000 waren es 36%,

1980 waren es 21%.

In einer Stehweinhalle, auch im Cottage, geht es stets hoch her: da kann 14 schon mal als 12 gehört werden.

Aber es kann natürlich auch sein, daß in der Studie selbst die Fehler sind; Dr. Andreas Unterberger es also besser weiß. In der Studie ist die Altersangabe mit 14 bis 19 Jahre ausgewiesen.

Am 24. Oktober 2007 frug Dr. Andreas Unterberger, wo denn das Positive bleibe.

Ist es nicht ungemein positiv, daß es in Österreich und auch für diese Regierung vollauf genügt, eine Zahl richtig wiedergeben zu können, um hoch qualifiziert zu sein für den Chefredakteur der Tageszeitung der Republik?

Sollten hier Überlegungen darüber vermißt werden, was Dr. Andreas Unterberger denn inhaltlich vermitteln wollte, kann nur eines empfohlen werden, eine Stehweinhalle zu besuchen und sich erheitern zu lassen durch die Monologe alter Männer beim Riesling.

Man kann der Islamischen
"Glaubensgemeinschaft", die
hierzulande das alleinige Recht
zur Auswahl ihrer
Religionslehrer hat, gar nicht
vorwerfen, dass sie ihre
Absichten verbergen will.
Denn im offiziellen Lehrplan
für den Islamischen
Religionsunterricht aus dem
Jahr 1983 sind alle
ideologischen Anliegen eines
politischen Islams aufgelistet.
Als offizieller Lehrinhalt findet
sich da: "die islamische
Staatsordnung" (als ob es eine
katholische oder
protestantische oder jüdische

Gemäß Biographie (Österreich-Lexikon
A.E.I.O.U.) hat Dr. Andreas Unterberger auch
Jus studiert. Und als der Tageszeitung der
Republik chefredakteurender Staatsbürger ist
es seine Pflicht und sein Recht die Gesetze
seines Landes zu kennen, wie zum Beispiel
jene, die den Religionsunterricht, wenn über
diesen zu schreiben er sich schon mal befähigt
sieht, in Österreich regeln.

Aber ein Tagebuch, auch ein öffentliches,
schmücken keine Gesetze. So einen Gedanken
könnte Dr. Andreas Unterberger in irgend-
einem Merkbüchlein irgendwann einmal
gelesen und dann in seine Leitkultur integriert
haben.

Staatsordnung gäbe); oder die islamische "Familienordnung" und "Gesellschaftsordnung"; oder die "Merkmale der islamischen Gesetzgebung: Aufgrund der genauen Befolgung des Koran und der Sunna im Zivilrecht, im Strafrecht, im Verfassungsrecht, im Völkerrecht." Mit anderen Worten: An österreichischen Schulen wird von völlig unkontrollierten Lehrern nichts anderes als die volle und ganze Scharia gelehrt. Und das mit voller Absegnung durch den Lehrplan, während sich die Politik über die Reden netter islamischer Funktionäre freut, dass derzeit keine Einführung der Scharia

Ob Tagebuch oder nicht Tagebuch: nach der Lektüre des Religionsunterrichtsgesetzes jedenfalls können folgende Schlüsse durchaus gezogen werden:

Dr. Andreas Unterberger ist das Religionsunterrichtsgesetz unbekannt, weil er ein *Wirtschaftsflüchtling* ist. Nicht aber aus einem anderen Land, sondern in Österreich. Der Islamischen Glaubensgemeinschaft ist das [Religionsunterrichtsgesetz](#) nämlich nicht nur bekannt, die Islamische Glaubensgemeinschaft hat es auch auf ihrer Homepage veröffentlicht.

Ein Definitionsangebot als Einschub, weil immer mal wieder nach einer endgültigen Erklärung für den Begriff *Wirtschaftsflüchtling* gesucht wird:

Ein *Wirtschaftsflüchtling* flüchtet im eigenen Land vor der Wirtschaft. Und findet zumeist schützende Aufnahme im dritten Arbeitssektor.

verlangt werde. Sie wird halt
nur gelehrt.

Dr. Andreas Unterberger
am [26. Oktober 2007](#)

Es geht wohl wieder einmal mehr nur um
tumbe Verteidigung des Österreichischen, es
geht wohl wieder einmal mehr nur um Hetze
gegen Nicht-Christliches. Um dies aber tun zu
können, müssen menschengemäß die österreich-
ischen Gesetze verschwiegen werden; denn
sonst würde allen *Dahampredigern* augen-
blicklich ihr Schaum eintrocknen und ihnen
ihre Mäuler derart verkleben, daß sie keinen
ungeraden Satz des Anwurfes ...

Dafür liefert auch diese Tagebucheintragung
Hinweise:

Nicht die Islamische Glaubensgemeinschaft
hat hierzulande das alleinige Recht zur
Auswahl ihrer Religionslehrerinnen, sondern
alle; denn gemäß § 2 Abs. 1 wird der
Religionsunterricht durch die betreffende
gesetzliche anerkannte Kirche oder Religions-
gesellschaft besorgt, geleitet und unmittelbar
beaufsichtigt.

Daß es völlig unkontrollierte Lehrerinnen an österreichischen Schulen geben soll, kann nur eine Behauptung sein. Denn im § 2 Abs. 1 ist auch festgehalten, daß dem Bund das Recht zusteht, den Religionsunterricht durch seine Schulaufsichtsorgane in organisatorischer und schuldisziplinärer Hinsicht zu beaufsichtigen.

Es werde die volle und ganze Scharia gelehrt: § 2 Abs. 3 besagt, es dürfen für den Religionsunterricht nur Lehrbücher und Lehrmittel verwendet werden, die nicht im Widerspruch zur staatsbürgerlichen Erziehung stehen.

Als offizieller Lehrinhalt fände sich da: die islamische Staatsordnung. Aus dem Lehrplan hat Dr. Andreas Unterberger nicht zitiert den Zusatz: »Die historische Schilderung des islamischen Staates und der islamischen Völker von der Zeit Mohammads (S.A.S.) bis zur Gegenwart.«

Ob es als Ausdruck einer nach wie vor katholischen Staatsordnung gesehen werden kann, werden Juristinnen zu beurteilen wissen: Gemäß § 2 b Abs. 1 hat jedenfalls ein Schulerhalter ein Kreuz in allen Klassenräumen anzubringen, wenn die Mehrzahl der Schülerinnen in den unter § 1 Abs. 1 fallenden Schulen einem christlichen Religionsbekenntnis angehört.

Dieses Tagebuch ist auch Beispiel dafür, wie notwendig es wäre, die betreffenden Diskussionen nicht weiter ohne grundlegende Verweise auf das geltende Recht in Österreich breit zu führen. Denn Hetze und Angstmake sind nur unter Verschweigen der bestehenden Gesetze möglich, die ohne Rücksicht auf Religionsbekenntnis, Herkunft und so weiter zu exekutieren sind.

Die Gesetzgebung wird zunehmend von Höchststrichtern übernommen [...] wie in Argentinien, wo sie das Land in den Bankrott getrieben haben (weil sie die Beamtengehälter für sakrosankt erklärt haben).

Dr. Andreas Unterberger am [1. November 2007](#)

Eine neue Rolle für Paul Löwinger

Es kann schon mal die Vermutung sich aufdrängen, daß das Schreiben des Tagebuches zunehmend der Knecht mit ständig raufzuziehenden, weil ihm zu weiten Hosen übernimmt.

Es gibt derart viele nicht unbedingt sich sofort erschließende, aber dennoch berechtigte Gründe zu fliehen, daß auch dem Knecht seine Flucht nicht vorzuwerfen ist. Allerdings soll er einen kaum uneigennütigen Helfer gehabt haben. Gemunkelt wird, der Schleppl Wolferl hätte ihn schwarz über die Grenze in die »Wiener Zeitung« dirigiert.

Auf seinem langen langen Weg in die jenseits der Schwelle gelegene wird Paul Löwinger keinen Kopf und nicht die Zeit dafür gehabt haben, sich schon umfassend auf seine neue Rolle vorzubereiten, die notwendigen Studien ordentlich zu betreiben, um nun auch redlich

schreiben zu können, zum Beispiel darüber, wie und warum es in Argentinien tatsächlich zum Bankrott kam.

Aber wer lediglich einen Gott gebastelt erhielt, kann selbst immer auch nur eine falsche Ursache, nur einen falschen Schuldigen basteln, und diese eine falsche Schuldige muß in jedem Fall die andere sein.

Die Übernahme von Andreas Unterberger ist Paul Löwinger jedoch noch nicht ganz gelungen. Das Wissen, Denken und Schreiben ist zwar schon ganz löwingerisch, das heißt, auf Aussage und Inhalt muß in keiner Weise geachtet und nichts in Erinnerung behalten werden. Aber noch läßt er die katholisch-bäuerliche Heiterkeit vermissen.

Wenn es ihm also auch noch gelingen sollte, das Tagebuch mit seinen Dummheiten zu füllen, in diesem seine Grimassen abzubilden, wird über seine Figur des *Chefredakteurs der Tageszeitung der Republik* ebenso gelacht werden

können, wie über die vielen anderen von Paul Löwinger dargestellten Hausdiener.

Schlampig oder böswillig?

Dr. Andreas Unterberger am [9. November 2007](#)

Wir sind hier als Bischöfe eines Landes, in dem ein Adolf Hitler seine wahnsinnigen Ideen gelernt hat.

"Wo warst Du, Gott? Wo warst Du, als Frauen und Kinder, alte und junge Leute in die Todeskammern geschickt wurden?"

Wir erinnern uns an diesem Ort an die Zeit tiefster Gottesferne - und auch daran, in welche Höllen eine "Welt ohne Gott" abzustürzen vermag.

Die Geschichte unserer österreichischen Heimat - und damit auch die Geschichte der katholischen Kirche in unserem Land - ist in diesem Zusammenhang ein Gemenge von enormer Schuld, aber auch von Mut und Widerstand. Das Wort "Wir haben nur unsere [Pflicht](#) getan", hat ein [...] eindeutig als zu wenig offengelegt.

Christoph Schönborn, Angestellter der römisch-katholischen Kirche im Range eines Kardinals, am [8. November 2007](#) in der Gedenkstätte Yad Vashem, Sätze aus der auf »Stephansdom« veröffentlichten Rede im Wortlaut.

Die Welt ist auch im nationalsozialistischen Österreich nicht fern von »Gott« gewesen; denn nur mit dem durch die Zeiten globalen Verkaufsschlager »Gott« sind die »Höllen« in der Welt. Und die »Höllen« sind dermaßen nicht mehr als die ebenfalls durch die Zeiten gut verkaufbaren Merchandising-Artikel zu diesem Hauptprodukt.

Es haben soher immer die Propaganda und die Aktivitäten jener mit der größten »Gottnähe« im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stehen, ganz gleich wo auf der Welt sie gerade marschieren: wie etwa jetzt in Uganda, wo es einen anderen [Händler](#) dieses Hauptprodukts nach totaler Vernichtung von Menschen gelüftet, die nicht gemäß seinen Vorstellungen zu leben gehorchen.

Und dennoch ist vieles an den pauschalen Abschiebe-Maßnahmen Italiens gegen illegale rumänische Immigranten fragwürdig.

Erstens: Immer dann, wenn Italiens Behörden besonders konsequente Aktionen ankündigen, versickern diese besonders schnell.

Zweitens: Pauschal-Maßnahmen gegen Bürger eines anderen EU- Staates sind grundsätzlich bedenklich.

Drittens: Alle sehen betreten, aber politisch korrekt darüber hinweg, dass die meisten der betroffenen Rumänen Roma sind, die auch in ihrer Heimat alles andere als willkommen sind.

Und fünftens: Man stelle sich vor, nicht eine Linksregierung wie in Italien [...] hätte solche drakonische Maßnahmen verkündet, sondern Österreichs einstige schwarz-blaue Regierung, Belgiens Flamen oder eine Schweizer Partei.

Fazit: Wenn ein Staat es schon wagt, keine Linksregierung zu haben, sollte er wenigstens groß sein.

Dr. Andreas Unterberger am [12. November 2007](#)

Und weiter ist vieles an den Analyse-Versuchen Unterbergers fragwürdig.

Erstens: Dr. Andreas Unterberger scheint sich nur darum zu sorgen, daß die angekündigten Abschiebungen am Ende nicht ordentlich konsequent durchgeführt werden.

Zweitens: Pauschal-Maßnahmen seien also lediglich gegen Bürgerinnen von EU-Staaten, aber auch nur grundsätzlich bedenklich?

Drittens: Dr. Andreas Unterberger hat übersehen, daß er gegen *seine* politische Korrektheit formuliert hat, er schreibt nämlich »Roma« statt »Zigeunerin«. In dieser seiner Pauschalierung (könnte durchaus bereits Hetze genannt werden) ist das Wort »Zigeuner« aber das korrekte. Oder es war gar kein Übersehen, sondern Dr. Andreas Unterberger hat von Dr. Herbert Schaller eifrig gelernt, wie in der Tageszeitung der Republik zu formulieren ist. Die Lösung bleibt, nicht unerwartet, am Ende aber

unausgesprochen: wenn sie aus Italien abgeschoben werden sollen und »auch in ihrer Heimat nicht willkommen sind«, wohin ...

Viertens: Nicht alle in Flandern sind in der Partei Vlaams belang und nicht alle in Flandern wählen Vlaams belang. Aber es dürften demnach, auf dem holprigen Weg von Dr. Andreas Unterberger gehend, Pauschal-Urteile auch nur grundsätzlich bedenklich, sonst aber bedenkenlos gefällt werden.

Fünftens: Schon eine Art von Arbeitsteilung? Für die Reinwaschung der schwarz-blauen Regierung erwählte der »Übervater« Dr. Andreas Unterberger, und für die Reinwaschung des deutschen Volkes sind von der Vorsehung bestimmt die Herren Mölzer (mit seiner Zeitung »Zur Zeit«) und Schaller (mit seiner Klientel).

Fazit: Wenn ein Staat schon eine Tageszeitung sein eigen nennen will, dann sollte er es wenigstens wagen, eine Chefredakteurin erster Größe zu bestellen.

Österreichs Hauptproblem ist die hohe Sozialquote: 29 Prozent des Inlandsprodukts werden dadurch umverteilt. Die von der SPÖ gerne als Vorbild gepriesenen nordischen Länder haben jedoch ihre Sozialquoten signifikant abgebaut.

Dr. Andreas Unterberger am [15. November 2007](#)

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-07-099/DE/KS-SF-07-099-DE.PDF

Wie es tatsächlich um die Sozialleistungsquote im Vergleich der Länder durch die Jahre bestellt ist, kann mit einem Klick auf den Titel selbst nachgelesen werden, und in Berücksichtigung der Verwendung von Zahlen durch Dr. Andreas Unterberger muß es auch dringend stets getan werden.

Der Anteil der Sozialausgaben am BIP, die sogenannte Sozialquote, betrug 2005 28,8%. 1995 hatte die Sozialquote dieselbe Höhe, 2003 wurde mit 29,3% der bisherige Höchststand erreicht.

Statistik Austria, Pressemitteilung, 2007-08-09

Sachlich ist es aber nicht weiter notwendig und auch (wie immer) nicht ergiebig, auf das Unterbergerische einzugehen.

Neben der Dokumentationsnotwendigkeit hat es durchaus immer mal wieder eine lustige Seite:

Wenn Österreichs Hauptproblem die hohe Sozialquote von 29% sei, wie der Chefredakteur der Tageszeitung der Republik schreibt, und 2003 mit 29,3% der Höchststand erreicht wurde, hat dann Dr. Wolfgang Schüssel, der damals den [Kanzler](#) gab, Österreich ein, nur ein und tatsächlich dieses als Hauptproblem hinterlassen?

Heiter wäre es weiter, hält doch Dr. Andreas Unterberger der SPÖ und nicht der ÖVP die hohe Sozialquote vor, würde Dr. Wolfgang Schüssel nun auch noch von Dritten als Mitglied der SPÖ geoutet werden.

... es fehlt eine Mitsprache von Eltern und Lehrern bei der Bestellung des Direktors (anstelle der ekligen Parteipolitik) ...

Dr. Andreas Unterberger am

[16. November 2007](#)

Generalsekretär Markus Beyrer beschreibt das Paket sogar als "echten Sündenfall".

"Es ist unverständlich, dass sich die Regierung über die einhellige Meinung der Experten und Ökonomen mit einer Nonchalance hinweggesetzt hat", meint Beyrer in einem Bericht. Einmalzahlungen hätten laut der IV gereicht. Sozialminister Erwin Buchingers (SPÖ) Aussage "wir können uns das alles leisten", zeuge entweder von "Verantwortungs- oder Ahnungslosigkeit", fuhr Beyrer fort.

.... es fehlt eine Mitsprache von Beleg- und Kundschaft bei der Besetzung der Planstelle Chefredakteur ...

Abschaffung der organisierten Vernichtung

Mehr unverständlich ist es, daß Expertinnen der Ökonomie zwar die Pensionserhöhung als »Anschlag auf die junge Generation« zu kritisieren imstande sind, das Militär aber als die exemplarische Organisation der Geldvernichtung nicht.

Für das [Dogma Militär](#) also wird die Ausweitung der Konflikte zwischen den

Durch das Paket der Regierung steigen die Mindestpensionen um 2,9 Prozent, die mittleren und hohen Pensionen um mindestens 1,7 Prozent. Experten und Ökonomen hatten das Paket weitgehend als verantwortungslos bezeichnet, da die erhöhten Kosten auf die jüngere Generation fallen würden.

<http://www.wienweb.at/content.aspx?menu=4&cid=143039>, [18. November 2007](#)

Generationen verantwortungslos in Kauf genommen.

Ökonomisch macht aber, um nur bei diesem Beispiel zu bleiben, allein die Pensionserhöhung Sinn, denn mit dieser können Lebende arbeiten und wirtschaftlichen Mehrwert schöpfen.

Das Militär, welcher Nation auch immer, hingegen schöpft ausschließlich Löcher aus den enormen Steuerleistungen, die alle Generationen, welcher Nation auch immer, durch alle Zeiten hindurch zu erbringen haben. Und alle Generationen aller Zeiten aller Reiche verbrennen mit im Feuerungsverfahren zum einzigen Produkt der Militärs: Asche.

Es ist also hoch an der Zeit so breit wie irgend möglich über die ersatzlose Abschaffung der Militärs zu reden. Wobei das Ergebnis, die ersatzlose Abschaffung der Militärs also, nicht weiter mehr zu diskutieren ist, sondern

lediglich das Wie und das rasche Wann der ersatzlosen Abschaffung der Militärs.

Zu reden darüber ist, um damit einmal zu beginnen (besser: auch zu beginnen dabei mitzumachen), mit Mag. Norbert Darabos, nicht weil er Verteidigungsminister ist, sondern er selbst einer der ersten Befehlenden geworden ist, obgleich er seinerzeit den Zivildienst und nicht die organisierte Vernichtung gewählt hat.

Aus diesem Grunde kopiere ich nun diese Heftseite gleich und sende diese auch weiter an: norbert.darabos@bmlv.gv.at —

Im [Kabinett des Bundesministers](#) erstellt: [GZ S90323/1206-KBM/2007](#).

Bestürzt ist Molterer, dass im Lehrplan für den islamischen Unterricht der "Islamische Staat" als Unterrichtsgegenstand festgehalten wird: "Mir geht es um Toleranz der Religionen. Der „islamische Staat“ darf nicht im Religionsunterricht unterrichtet werden, so wie es derzeit im Curriculum steht. Wir leben im österreichischen Staat."

<http://www.oevp.at/index.aspx?pageid=20084>, Bericht über die Pressestunde im ORF am [18. November 2007](#)

Die erste Hürde zur Aufnahme in Österreich hat Mag. Wilhelm Molterer bravourös genommen: er weiß nämlich bereits, in welchem Land er aufhältig ist.

Daß er als eben erst zugewanderte Schlüsselkraft noch nicht alle österreichischen Gesetze kennen kann, liegt weiter wohl auch daran, daß er eben derzeit andere Gesetze zu studieren hat, um beispielsweise die Schule zu reformieren.

Jeder Zuwanderer braucht rasche und unkomplizierte Unterstützung. Darum gleich eine Hilfestellung für Mag. Wilhelm Molterer: das österreichische Religionsunterrichtsgesetz kann auf der Homepage der Islamischen Glaubengemeinschaft nachgelesen werden.

Es kann also davon ausgegangen werden, daß dies der einzige Grund ist. Denn Mag. Wilhelm Molterer ist ein guter Mensch, er ist ein wahrhafter Christ und wäre bestimmt

bestürzt, würde er der Hetze bezichtigt werden. Für die [Vermutungen](#), die zur gleichen Sache in diesem Heft schon einmal angestellt wurden, kann also das Gesagte von Mag. Wilhelm Molterer nicht verwendet werden.

Und noch ärgerlicher ist es, dass Arbeitgeber den verletzten Sportlern monatelang ihr Gehalt weiterzahlen müssen. Was ja auch ein weiterer Grund für die Arbeitgeber ist, lange nachzudenken, ob sie nicht Aufträge auslagern sollen, ob sie wirklich selbst jemanden mit diesem und vielen anderen Risiken anstellen sollen.

Dr. Andreas Unterberger am [22. November 2007](#)

Würde Dr. Andreas Unterberger beispielsweise die Homepage der Arbeiterkammer aufrufen, dann könnte er genaue Angaben über die Dauer der Entgeltfortzahlung machen und müsste nicht pauschaliert von Monaten sprechen:

Wenn Sie angestellt sind, erhalten Sie bei Krankheit oder Unglücksfall weiterhin Ihr Gehalt. Der Anspruch ist davon abhängig, wie lange Ihr Dienstverhältnis bereits dauert. Keinen Anspruch

haben Sie, wenn Sie die Erkrankung durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt haben.

So lange erhalten Sie Entgeltfortzahlung:

- *Dienstverhältnis bis zu 5 Jahre: 6 Wochen*
- *Dienstverhältnis ab 5 Jahren: 8 Wochen*
- *Dienstverhältnis ab 15 Jahren: 10 Wochen*
- *Dienstverhältnis ab 25 Jahren: 12 Wochen*

KMU-Betriebe müßten nicht in erster Linie über Auslagerungen nachdenken, denn für diese Dienstgeberinnen gibt es immerhin Zuschüsse auch in Fällen von Freizeitunfällen:

Im Falle der Arbeitsunfähigkeit von Arbeitnehmern leistet die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) dem Arbeitgeber einen Zuschuss zur Entgeltfortzahlung.

Anspruch auf Zuschuss zur Entgeltfortzahlung besteht für alle Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge, etc.), die bei der AUVVA unfallversichert sind. Damit sind auch teilzeitbeschäftigte und geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer erfasst.

Der Zuschuss zur Entgeltfortzahlung gebührt bei Arbeitsunfähigkeit, die aufgrund eines Freizeit- oder Arbeitsunfalls nach dem 30.9.2002 eingetreten ist.

Riskant allerdings ist es, einen leitenden Angestellten zu beschäftigen, der nicht um all die zahlreichen Förderungen weiß, die Arbeitgeberinnen rechtlich zustehen.

Ein Beispiel einer Heiligen unserer Zeit mag ein wenig verdeutlichen, was es heißt, diesem Gott erstmals und wirklich zu begegnen. Ich denke an die von Papst Johannes Paul II. heiliggesprochene Afrikanerin

Es geht religionsgemäß weiter nicht ab ohne Märchen. Es geht religionsgemäß weiter nicht ab ohne Verschweigen der tatsächlichen, somit nachprüfbaren Ereignisse. Es geht religionsgemäß weiter nicht ab ohne tolldreiste

Giuseppina Bakhita. Sie war ungefähr – das genaue Datum kannte sie nicht – 1869 in Darfur im Sudan geboren. Mit neun Jahren wurde sie von Sklavenhändlern entführt, blutig geschlagen und fünfmal auf den Sklavenmärkten des Sudan verkauft. Zuletzt war sie als Sklavin der Mutter und der Gattin eines Generals in Diensten und wurde dabei täglich bis aufs Blut gezeißelt, wovon ihr lebenslang 144 Narben verblieben. 1882 wurde sie schließlich von einem italienischen Händler für den italienischen Konsul Callisto Legnani gekauft, der angesichts des Vormarschs der Mahdisten nach Italien zurückkehrte. Hier lernte Bakhita schließlich nach so schrecklichen „Patronen“, denen sie bisher unterstanden war, einen ganz anderen „Patron“ kennen – „Paron“ nannte sie in dem venezianischen Dialekt, den sie nun lernte, den lebendigen Gott, den Gott Jesu Christi. Bisher hatte sie nur Patrone gekannt, die sie verachteten und mißhandelten oder bestenfalls als nützliche Sklavin betrachteten. Aber nun hörte sie, daß es einen „Paron“ über allen Patronen gibt, den Herrn aller Herren und daß dieser Herr gut ist, die Güte selbst. Sie erfuhr, daß

Geistessprünge. Es geht religionsgemäß weiter nicht ab ohne Duldung und Erduldung von ...

Dafür ist auch die neue Enzyklika des jetzigen Theokraten wiederum ein Beispiel, die zwar keinen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung zu leisten imstande ist, dennoch außerhalb der römisch-katholischen Mauern ebenfalls heftig besprochen werden will und auch unnötigerweise besprochen wird.

Es stürzt aber wieder einmal das gesamte ideologische Gerüst einer religiösen Organisation, in diesem Fall das römisch-katholische ein, wird das eine konkrete Beispiel eines »erlösten« Menschen, von dem in dieser Enzyklika gesprochen wird, auf die tatsächlichen Begebenheiten zurückgeführt. Dieses eine konkrete Beispiel reicht also vollkommen aus, um sagen zu können, außerhalb der römisch-katholischen Mauern kann getrost auch auf diese Enzyklika vergessen werden.

dieser Herr auch sie kennt, auch sie geschaffen hat – ja, daß er sie liebt. Auch sie war geliebt, und zwar von dem obersten Paron, vor dem alle anderen Patrone auch nur selber armselige Diener sind. Sie war gekannt und geliebt und wurde erwartet. Ja, dieser Patron hatte selbst das Schicksal des Geschlagenwerdens auf sich genommen und wartete nun „zur Rechten des Vaters“ auf sie. Nun hatte sie „Hoffnung“ – nicht mehr bloß die kleine Hoffnung, weniger grausame Herren zu finden, sondern die große Hoffnung: Ich bin definitiv geliebt, und was immer mir geschieht – ich werde von dieser Liebe erwartet. Und so ist mein Leben gut. Durch diese Hoffnungserkenntnis war sie „erlöst“, nun keine Sklavin mehr, sondern freies Kind Gottes. Sie verstand, was Paulus sagte, wenn er die Epheser daran erinnerte, daß sie vorher ohne Hoffnung und ohne Gott in der Welt gewesen waren – ohne Hoffnung, weil ohne Gott. So weigerte sie sich, als man sie wieder in den Sudan zurückbringen wollte; sie war nicht bereit, sich von ihrem „Paron“ noch einmal trennen zu lassen. Am 9. Januar 1890 wurde sie getauft und gefirmt und empfing die erste heilige Kommunion aus der Hand des

Die »Erlösung« war rein weltlich.

Auf

www.afrol.com/archive/josephine_bakhita

u.a. kann gelesen werden, warum sie keine Sklavin mehr war, warum sie sich gegen ein Zurückbringen in den Sudan erfolgreich — aber nicht allein — wehren konnte.

Aber dieses vom Theokraten konkret angeführte Beispiel eines in Sklaverei gehaltenen Menschen macht erneut grausam kenntlich, welche Art von Menschen Religionsgemeinschaften sich halten möchten: »If I was to meet those slave raiders that abducted me and those who tortured me, I'd kneel down to them to kiss their hands, because, if it had not been for them, I would not have become a Christian and religious woman.«

Und auf der Homepage vom Vatikan ist zu lesen: »On December 8, 1896 Josephine Bakhita was consecrated forever to God

Patriarchen von Venedig. Am 8. Dezember 1896 legte sie in Verona die Gelübde der Canossa-Schwestern ab und hat von da an – neben ihren Arbeiten in der Sakristei und an der Klosterpforte – vor allem in verschiedenen Reisen in Italien zur Mission zu ermutigen versucht: Die Befreiung, die sie selbst durch die Begegnung mit dem Gott Jesu Christi empfangen hatte, die mußte sie weitergeben, die mußte auch anderen, möglichst vielen, geschenkt werden. Die Hoffnung, die ihr geworden war und sie „erlöst“ hatte, durfte sie nicht für sich behalten; sie sollte zu vielen, zu allen kommen.

Dr. Joseph Ratzinger alias Benedictus PP XVI am [30. November 2007](#)

whom she called with the sweet expression »the master«. Wieder und wieder verkauft von einem »Master« ...

So sieht ein »erlöstes« Leben in Christo alias Benedicto also aus: die Türsteherin eines »Masters« sein und am Ende des Lebens, gepeinigt von Krankheit, immer noch und weiter klagen zu dürfen: »Please loosen the chains ...«

Und auch Heinz Mayer, der Lieblingsjurist des ORF (er ist dankenswerterweise immer dann empört, wenn es auch die Grünen sind), wusste laut APA schon bei einer Diskussion im Jänner 2006: "Das Asylverfahren wäre dann regelmäßig bereits in zweiter Instanz mit dem Entscheid des Asylgerichtshofs beendet." Und er lobte damals die zu erwartende Einsparung. Heute jedoch lehnt er alles "mit Entschiedenheit" ab ...

Dr. Andreas Unterberger am [6. Dezember 2007](#)

Der Verwaltungsgerichtshof ist zwar beleidigt, dass ihm jetzt ein neuer, fast gleichwertiger Gerichtshof an die Seite tritt; doch war er selbst ja hauptverantwortlich für die bisherige Überlänge der Asyl-Verfahren. Allerdings muss man aufpassen, welche neuen Tricks jenen NGOs nun einfallen, die das Asylsystem insgeheim zu einem Zuwanderungskanal machen wollen.

Dr. Andreas Unterberger am 5. Dezember 2006

Dr. Andreas Unterberger scheint zu ahnen, daß der »Wiener Zeitung« nicht mehr höchste Glaubwürdigkeit und Wichtigkeit zugestanden werden kann; denn sonst hätte er wohl nicht auf die »APA« verweisen müssen, um seine Aussage überhaupt mit Gewicht verankern zu können. Er hätte also gleich jenes Medium zitieren können, in dem er im Ausgedinge sich befindet: die »Wiener Zeitung«.

Leichter als eine alte »APA«-Meldung, darf vermutet werden, ist es für Leserinnen in der »Wiener Zeitung« den entsprechenden Artikel zu finden. Aber dieser Artikel hätte selbst Dr. Andreas Unterberger wohl zu deutlich gezeigt, wie selektiv Themen von ihm behandelt werden. Und dies kann einem Dr. Andreas Unterberger nicht auch noch abverlangt werden, derartige Quellen selbst preiszugeben.

In dieser Diskussion, auf die Dr. Andreas Unterberger sich nur beziehen kann, wurde

von weiteren Teilnehmerinnen aber auch deutlich gesagt, wie die »Wiener Zeitung« am [27. Jänner 2006](#) schrieb: »[...] kein »Bundesasylgericht um jeden Preis« [...]. So dürfe es durch ein Asylgericht zu keiner Verschlechterung des Rechtsschutzes kommen, der VwGH müsse anrufbar bleiben. Da es im Asylbereich um elementare Menschenrechte gehe, sei die Übertragung der für die Richter geltenden hohen Standards auf das Asylwesen unabdingbar [...]«.

Bei Dr. Andreas Unterberger muß allerdings auf neue Tricks nicht aufgepaßt werden; denn er verwendet bis zum heutigen Tage ungenau, ideenlos und weiter unbeirrt die anscheinend vor Jahrzehnten ihm eingeschüsselten und von ihm dann stur auswendiggelernten Tricks.

In jüngster Zeit vergehen kaum ein paar Tage, ohne dass uns irgendeine Studie, eine NGO, ein Politiker oder ein selbsternannter Experte weismachen will, dass Österreich, ob es nun wolle oder nicht, ein Einwanderungsland sei. Falsche Behauptungen werden aber dadurch, dass man sie ständig wiederholt, nicht richtiger. Wie sieht es nun wirklich aus mit dem "Einwanderungsland Österreich"?

[...]

Nicht verständlich ist die lockere Handhabung des Familiennachzugs bei wenig qualifizierten, wenn auch legal im Lande lebenden Gastarbeitern.

[...]

Wohl kein Österreicher wird sich wünschen, dass seine Urenkel als Alpin-Indianer in einem Reservat oder als Austro-Aborigines vor den Toren der Städte leben müssen.

Dr. Harald Rassl in seinem Gastkommentar in der »Wiener Zeitung« am [10. Dezember 2007](#)

Harald Rassl, ein ehemaliger Stellvertreter in einem Verband für Banken und Bankiers, will selbstverständlich nicht weismachen, daß er ein selbsternannter Experte sei.

Denn Harald Rassl kann nur Experte sein. Weil die »Wiener Zeitung« ist, wie gewußt wird, immer mehr die Zeitung der Experten. Und dies vor allem seit die Tageszeitung der Republik von einem »Publizist[en] von Rang«, wie ein gewisser Harald Rassl in einem Leserbrief Dr. Andreas Unterberger am [7. November 2006](#) mit Bravo und Dank expertenhaft nannte, geführt wird.

Nicht verständlich ist deshalb die strenge Handhabung bei einem derart Hochqualifizierten, daß also nicht die gesamte Rassl-Familie in der »Wiener Zeitung« mit Beiträgen nachziehen darf.

Ein Österreicher zumindest wird sich wohl wünschen, daß seine Urenkel als Alpin-Rassl in der Tradition der Toren in der Innenstadt ...

Dieses Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen von Tatsachen, die
das eigene Weltbild stören, tritt besonders häufig

Dr. Andreas Unterberger am [14. Dezember 2007](#)

Katholische Schwester als Expertin für ein Mitglied der Regierung

Einen Vorwurf kann der derzeitige Amtsinhaber tatsächlich empört weit von sich weisen, nämlich kein christlich-sozialer Innenminister zu sein.

Denn nur ein christlich-sozialer Platter besitzt die menschliche Größe, sich bei den ersten Expertinnen hinreichend über die Lage im Kosovo zu informieren, und dieses Gehörte dann auch »glasklar« in der »Zeit im Bild 2« von heute, 14. Dezember 2007, als ein weiteres seiner so stich- und hiebfixen Argumente vorzubringen. Warum also Abschiebungen aus der säkularen Republik Österreich das Beste seien.

Aber heute freuen wir uns vor allem darüber, dass wir endlich wieder den Zivilisationsstand von 1914 erreicht haben, als man zuletzt so frei durch weite Regionen Europa fahren konnte wie heute.

Dr. Andreas Unterberger am [21. Dezember 2007](#)

Zivilisationsstand von 1914

Durch weite Regionen Europas mit Hurra und Geschrei in den Krieg.

Das zivilisierte Österreich von 1914 mit dem habsburgerischen Verständnis von Europa und Welt:

»Jeder Schuss ein Russ, jeder Stoß ein Franzos, Serbien muß sterben, jeder Tritt ein Brit, jeder Klapp ein Japs«.

Die Monarchie stellt absolut zivilisierte Ansprüche an ihre Kameraden: Nur Massenmörder sind gute Verbündete. Soher sind für die Vorfahren von Otto und Karl Habsburg die »Türken« mit ihren Verbrechen an den »Armeniern« beste Wahl für ein gottgemäß zivilisiertes Bündnis.

Ihr Kinderlein verkommet

[...]

Oder die von der Unterrichtsministerin dekretierte
Steuerbegünstigung eines Museums für
Schwangerschaftsabbruch.

[...]

Dr. Andreas Unterberger am [26. Dezember 2007](#)

Museum für verkommenen Journalismus

Und wieder einmal in gewohnt einfacher
Weise [selektierter](#) Mischmasch im Tagebuch
des Herrn von seinem ...

Als wäre dieses Museum, anders wird es kaum
zu interpretieren sein, die Hölle der Apologie
des Schwangerschaftsabbruchs, als würde die
Unterrichtsministerin mittels Dekrete regieren
... Allein aber das Anführen des vollständigen
Namens genügt, um seine ewig bemühte
Meinungsregulation zu verlachen: »Museum
für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch«.

Und von dieser seiner Qualität ist auch der
Rest in seinem Tagebuch, wie heute am
zweiten Weihnachtstag.

Ob Museen noch zeitgemäße Einrichtungen seien, darüber läßt es sich theoretisch vortrefflich streiten, praktisch aber fehlt gerade in Österreich noch ein Museum.

Nämlich das »Museum für verkommenen Journalismus«. Dr. Andreas Unterberger wäre sein vorzüglicher Direktor, weil, ein besserer Qualifizierungsnachweis wird schwerlich zu finden sein, er als einer der größten (selbstverständlich dann ebenfalls steuerbegünstigten) Spender ein derartiges Museum reich mit Exponaten beschenken könnte, die er, ist anzunehmen, in einem langen Berufsleben zu sammeln gute Gelegenheiten hatte. Mit diesen seinen Stücken wäre also gleich von Beginn weg ein Vollbetrieb gewährleistet.

Ein Mord und die Religion

[...]

Naturgemäß kann auch ein europäischer Tagebuchschreiber hier nicht die richtige Lösung präsentieren.

[...]

Wenn sich die Kirche ständig fast nur noch mit Sätzen äußert, die mit "Der Staat soll . . ." beginnen, dann sollte sie sich nicht wundern, dass ihr eine aktuelle Umfrage einen katastrophalen Vertrauensverlust bescheinigt. Wer seine Identität auf- und sich fadenscheinigem Politaktionismus hingibt, der verliert langfristig immer Respekt.

Dr. Andreas Unterberger am [27. Dezember 2007](#)

Hier hat die Kirche die Durchschnittsnote 3,15 erhalten und ist im Vergleich zu 2005 (3,59) hinter die Printmedien und die politischen Parteien gerutscht.

Wie schade, daß der Tagebuchschreiber heute so bescheiden auftritt und sich sogar verbietet, wenigstens eine falsche Lösung mit [»profundem Wissen«](#) ...

Zu loben ist Dr. Andreas Unterberger aber uneingeschränkt für seine Uneigennützigkeit. Denn er informiert bereits heute umfassend, wie die Zahlen der Umfrage zu lesen sind, während die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft sich damit begnügt, nur vorläufige Zahlen bekanntzugeben, und sie das Ergebnis dieses Demokratie- und Toleranzmonitorings erst im kommenden Jahr veröffentlichen wird. Herbert Skarke, der Gründe für den Vertrauensverlust der Kirche so richtig im Falschen zu finden glaubt, wird Dr. Andreas Unterberger noch uneingeschränkt dafür zu danken haben, daß der Tagebuchschreiber aus reiner Nächstenliebe bereits heute eingriff, um die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft

Auch der Besuch von Papst Benedikt XVI konnte da nichts ändern. Für SWS-Vizechef Herbert Skarke hat die Visite nur den harten Kern der Katholiken bewegt, die allgemein konservative Linie des Oberhaupts der Katholiken schrecke aber immer mehr Menschen ab.

Diese vorläufigen Zahlen sind Teil eines groß angelegten Demokratie- und Toleranzmonitorings der SWS, dessen Ergebnis im kommenden Jahr veröffentlicht wird.

Kurier-Online am 27. Dezember 2007

vor Blamage zu bewahren, indem er verantwortungsbewußt aufklärt, wie Umfragen die richtige Interpretation erhalten.

Heute habe ich noch keinen Dienst für Herrn Underberg zu schieben. Ich kann also ausräumen, mich einrichten. Vorher allerdings ist noch das Zimmer dahingehend zu kontrollieren, ob der Vorgänger —, anzunehmen, daß es ein Mann war. Mir fehlen hierzu aber die Informationen. Darüber gab Herr Underberg auch nicht Auskunft.

Irgendwas wird ja doch aus welchen Gründen auch liegengelassen. Wer unmittelbar vor mir Dienst tat, wird, anzunehmen, die gebündelten Blätter auf dem Schreibtisch gelassen haben. Die Titel auf den Deckblättern lassen auf Tagebücher schließen:

[»2004 — Heft zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg«](#)

[»2005 — Heft zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg«](#)

[»2006 — Heft zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg«](#)

[»2007 — Heft zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg«](#)

[»2008 — Heft zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg«](#)

[»2009 — Heft zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg«](#)

[»2010 — Heft zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg«](#)

[»2011 — Heft zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg«](#)

[»2012 — Heft zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg«](#)

Die Arbeit ist eintönig, aber in der Regel zu schnell erledigt. Wenig, tatsächlich gar nicht interessieren mich die Ausführungen von Herrn Underberg. Ich tippe die Diktate, und kein Wort von diesen ist wesentlich, behalte ich mir, schon gar nicht als bevorzugte. So fehlt mir

auch die Beschäftigung, diese zu vergessen. Warum der Vorgänger oder die Vorgängerin (manches läßt, unter bestimmten Annahmen, auf eine Frau schließen: die Packung Viagra mit drei ungelutschten Pillen im Medikamentenschrank im Badezimmer) damit begann, ein Heft zu füllen, verstehe ich in gewisser Weise nun gut.

Vielleicht sollte ich auch damit beginnen, [Notizen zum Heft in Österreich zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg](#) zu verfassen? Aus Langeweile zu schreiben, aus Langeweile zu denken, aus Langeweile zu kritzeln, bis ich eine andere, gar gute Möglichkeit gefunden habe, mir das Warten zwischen den Aufträgen des Herrn Underberg gar angenehm zu gestalten, kann ich ohne weiteres es mit Notizen versuchen.

Griffonnage par des mots en Autruche im Heft in Österreich
zum Satzbuch der Tage des Herrn Underberg

Weiterhin wird unverdrossen kategorisierend berichtet: Unschuldige sind bei (zum Beispiel) einem Terrorakt verletzt, getötet worden. Und dies ist in den meisten Fällen nicht angeordnete, sondern freigehorsame Propaganda, unausgesprochen mitgelieferte Rechtfertigung von Mord, vor allem auf Befehl der Staatsgewalt. Denn die Berichterstattung ist nicht geeignet Schuld und Unschuld zu werten. Wenn es überhaupt eines Hinweises bedarf über die Information hinaus, daß es Tote, Verletzte gab, ist es zureichend zu sagen: Nichtbeteiligte sind geschädigt, verletzt, getötet worden. Selbst die Formulierung »Nichtbeteiligte« ist entbehrbar, weil ohne zusätzlichen Informationsgehalt ...

In der Langeweile einen Platz einzurichten, eine voreilige Entscheidung, eine Möglichkeit, aus Panik in Satzkritzeleien ...

Die Behörde fordert mich schon am Tag des Begräbnisses von Herrn Underberg auf, Österreich sofort zu verlassen, da ich nun ohne Arbeitgeber: beschäftigungslos sei

Der Jurist ist ein Meister aus Österreich und Andreas Unterberger rücktrittsreif

Ob es einfach Unwissenheit, ob es einfach Unfähigkeit — das ist einerlei; denn dem Meister-Anwalt des Revisionismus die Tageszeitung der Republik Österreich für einen Gastkommentar in der Ausgabe vom Donnerstag, dem 18. Jänner 2007, zur Verfügung zu stellen, ist ausreichender Grund, Andreas Unterberger sofort als Chefredakteur der »Wiener Zeitung« abzuberufen.

Jedoch, es kann nicht einfach Unwissenheit, einfach Unfähigkeit sein; denn Andreas Unterberger ist ein wohl informierter erfolgsverwöhnter Journalist und Dr. Herbert Schaller ein seit Jahren bestens bekannter Verteidiger. Hier aber wird nicht an der Fackel gezündelt, deren Licht vor allem den von Dr. Herbert Schaller mit juristischer Akribie verteidigten Personen zu noch weiterer Publizität diene.

Dr. Herbert Schaller ist ein hochgerühmter und hochgeachteter Mann im Kreise der Holocaust-Leugner. Das wird auch einem Andreas Unterberger nicht unbekannt sein können.

Jedenfalls ist es

Am 24. Jänner wurde der Gastkommentar von Hannes Jarolim veröffentlicht, in dem zur Meinungsbildung notwendige Informationen zu Dr. Herbert Schaller nun auch in der Tageszeitung der Republik Österreich nachzulesen sind.

Jene, die die »Wiener Zeitung« regelmäßig lesen, sind dadurch in die Lage versetzt, die *Meinungen* von Dr. Herbert Schaller als Nullwert zu berechnen.

Damit sind die hier aufgezählten Unterlassungen von Andreas Unterberger nicht weiter aktuell, ist die Aufforderung zur Abberufung wohl zum Gutteil obsolet.

Da mit Sicherheit aber anzunehmen ist, daß der Kreis um Dr. Schaller menschengemäß dessen *Gastkommentar* vom 18. Jänner weidlich zur Unterstützung *seiner Wahrheit* nutzen und eindringlich darauf hinweisen wird, daß dieser im *unverdächtigen* Amtsblatt der Republik erschien, ist die Aufforderung daher hier zu archivieren.

Weil es eben immer wieder notwendig ist, darauf hinzuweisen und dafür Informationen bereitzustellen, daß es diesen Kreisen nicht um eine seriöse Geschichtsforschung geht, sondern um die Umschreibung der Geschichte in ihrem Sinne. Wofür ihnen jedes ungehörige Mittel recht ist. Jedwede Unterbringung ihrer versuchten Geschichtsverfälschung (in welcher Form immer) in offiziellen Medien können sie als Triumph feiern, weil sie es für ihre Propaganda vortrefflich zu mißbrauchen verstehen.

Denn eines ist seit Jahrzehnten schon klar, diesen Kreisen, Gruppierungen die Shoa zu beweisen, ist unnötig und unnütz, weil diese Kreise und Gruppierungen die Beweise, die ihnen nicht zupass kommen, in keiner Weise anerkennen (wollen/können). Und darüber hinaus ist es auch eine von ihnen perfid aufgestellte Falle. Wer ihnen dabei ins Netz geht, hilft bei deren Bestrebungen mit, die redlich forschende Geschichtswissenschaft zu desavouieren.

Und es ist noch mehr immer wieder notwendig darauf hinzuweisen, daß dies kein hehrer Kampf um der Wahrheit willen von diesen Kreisen und Gruppierungen ist, sondern auch ihrem profan

kalkulierten Endziel dient, über das Durchsetzen ihrer Geschichtsverfälschung als *einzig wahre Geschichte* legal tätig werden, bei Wahlen also wieder antreten zu können, um *für ihre Vorstellungen von Demokratie* legal zu werben, das heißt für das Abschaffen der Demokratie und für das Installieren *ihrer Demokratie* Propaganda zu treiben.

Wäre es demokratiepolitisch denn tatsächlich förderlich, kämen zu den ohnehin diesem *Geist* verpflichteten, jetzt bereits mehr als genug legal wählbaren Parteien in der Europäischen Union weitere hinzu, die sich von diesen hauptsächlich nur durch ihre dann gänzlich offen zur Schau gestellte Ideologie und gänzlich brutal offene Hetze gegen alles, was sie nicht wollen, was sie nicht verstehen, was ihnen fremd ist und fremd bleiben will, unterscheiden?

Diese Kreise und Gruppierungen brabbeln zwar etwas von Demokratie, aber diese ihre Auffassung von Demokratie ist Menschen, die in Europa nach 1945 geboren wurden, nur aus der seriösen Geschichtsschreibung bekannt.

Das wäre dann eine Demokratie, in der es zum Beispiel nur mehr ihre (also eine ausschließlich ihren bedingungslosen Gefolgschaften zuerkannte) Art von Freiheit der Wissenschaft gäbe.

Dr. Herbert Schaller selbst legt in seinem *Gastkommentar* ein beredtes Zeugnis davon ab, was von diesen Kreisen erwartet werden kann, wenn er beispielsweise schreibt: »Politiker von der Art des SPÖ-Justizsprechers Hannes Jarolim machen Angst vor einem Rückfall in totalitäre Zeiten.« Der projektive Einsatz von Unterstellungen, Vorwürfen gegen Menschen, die von solchen Gruppierungen als *unerwünscht* klassifiziert werden und *als Feinde des eigenen Volkes unschädlich* gemacht werden wollen, ist auch geschichtlich nur allzu gut bekannt.

Der Kern der demokratischen Auseinandersetzung mit solchen Kreisen, Gruppierungen und die Information über derartige Kreise und Gruppierungen müssen also vor allem sein, was und wohin wollen diese, was sind deren Grundlagen, Programme, Ziele ...

Diese Auseinandersetzung ist aber nicht zu führen, weil diese Kreise und Gruppierungen derart zu fürchten sind, sondern weil das Ausmaß der Bereitschaft, solche Gruppierungen zu wählen und diesen zu folgen, und die dafür bereits erreichte Höhe an Gleichgültigkeit gegenüber der Einhaltung demokratischer Prinzipien und die Akzeptanz für das Ersetzen von Rechtsstaatlichkeit durch *gesundes Volksempfinden*, nicht eindeutig zu messen sind, und auch, weil das ohnehin dünne Eis der Zivilisation nicht noch einmal gänzlich zum Schmelzen gebracht werden darf.

Daher ist es leider notwendig, es immer wieder und immer wieder auf den Punkt bringen zu müssen: So voll Aberwitz, Unsinn, Gehäßigkeit, mit bewislosen Unterstellungen und Behauptungen, bar jeder wissenschaftlichen Seriosität und Redlichkeit die revisionistischen Schriften sind, ebenso aberwitzig, unsinnig, grundlagenlos, gesellschaftspolitisch überholt und unverwendbar sind die Konzepte dieser Kreise, Gruppierungen.

(24. Jänner 2007)

die Pflicht eines Chefredakteurs der Tageszeitung der Republik genau zu prüfen, ob dem (vom) Amtsblatt der Republik Positionen zum Veröffentlichen angeboten (angefordert?) werden, die eine strafrechtliche Behandlung etwa nach sich ziehen könnten.

Der *Gastkommentar* von Dr. Herbst Schaller ist strafrechtlich nicht verfolgbar. Denn zu gut weiß dieser Meister der juristischen Sprache, wo was und vor allem wie es zu schreiben ist. Aber Andreas Unterberger muß als Chefredakteur diese Formuliertricks kennen; denn sonst ist Andreas Unterberger als Chefredakteur eine Fehlbesetzung. Und wenn Andreas Unterberger diese Formuliertricks kennt und diese dennoch zuläßt, ist Andreas Unterberger als Chefredakteur noch mehr eine Fehlbesetzung und unverzüglich abzubrufen.

Jedenfalls hat Dr. Herbert Schaller mit diesem seinem *Gastkommentar* seinen Ruhm bei seiner Klientel wieder steigern können; denn es ist Dr. Herbert Schaller gelungen, im Amtsblatt der Republik Österreich die Position seines Kreises — freilich rechtlich unangreifbar — zu verbreiten. Es gibt genügend Sprachanalysen auch der Schriften von Revisionisten, so daß hier darauf verzichtet wird, diese mit einer weiteren Analyse zu einer Bedeutung zu verhelfen, die ihnen in keiner Weise zusteht.

Dr. Herbert Schaller präsentiert sich in diesem *Gastkommentar* als ein um die Unabhängigkeit der Justiz, um die Demokratie besorgter und gegen faschistoide Machtmenschen auftretender Anwalt, der nur eine sachliche Meinungsäußerung zu Gehör bringen möchte. Und die Tageszeitung der Republik stellt ihn verharmlosend vor als »emeritierter Rechtsanwalt und noch Strafverteidiger«, ohne mit dem geringsten Hinweis darauf, daß Dr. Herbert Schaller befangen ist, warum und wessen Meinungen er parteiisch vertritt.

Klarer als in diesem seinem *Gastkommentar* hat sich Dr. Herbert Schaller zum Beispiel in seinem Leserbrief zum Artikel »NS-Prozeß: Auch dem Anwalt droht die Anzeige« (Der Standard, Nr. 362, 26.1.90) geäußert:

»Wenn es den vom Angeklagten bestrittenen und bisher nur mit den subjektiven Angaben von Zeugen und Beschuldigten unter Beweis gestellten Gaskammer-Massenmord wirklich gegeben hätte, müßte eine ganze Kette von immer noch durchführbaren, objektiven Sachbeweisen vorhanden sein.«

Und: »Die Staatsanwalt hat von den Geschworenen verlangt, den Angeklagten wegen ›Leugnens von NS-Massenmord-Gaskammern‹ als Verbrecher zu verurteilen, ohne für die Existenz solcher Gaskammern auch nur einen einzigen Beweis anzubieten.«

Das geht wohl weit über das bekannte übliche Maß der Arbeit eines Strafverteidigers hinaus.

Andreas Unterberger hätte zumindest die Pflicht gehabt, darauf hinzuweisen (hinweisen zu lassen), daß Herbert Schaller kein neutraler und objektiver »Gastkommentar«-Schreiber ist, der lediglich die juristische Seite dieses Falles beleuchtet, sondern einer der bekanntesten Anwälte der Neo-Nazis. Auch das hat Andreas Unterberger unterlassen.

Wer einem Dr. Herbert Schaller ohne eindeutige Information über dessen Werdegang, über dessen Aktivitäten und ohne Berichtigung der von Dr. Herbert Schaller in diesem seinem *Gastkommentar* gemachten Angaben zum Beispiel zur Biographie von David Irving (»Nicht-Historiker«: Quelle: deutsche Homepage David Irving, also kein »studierter Historiker«, wie von Dr. Herbert Schaller geschrieben: ein bezeichnendes Beispiel für den von dieser Gesellschaft, in der Dr. Herbert Schaller prominent ist, angewendeten und für sie also nützlichen Umgang mit der Wahrheit) das Amtsblatt der Republik zur Verfügung stellt, ist als Chefredakteur nicht mehr tragbar.

Andreas Unterberger ist nicht mehr tragbar.

Es ist nicht zu erwarten, daß Andreas Unterberger selbst die Konsequenz daraus zieht.

Daher ist die Herausgeberin der »Wiener Zeitung«, die Republik Österreich gefordert, ihren Bundeskanzler damit zu beauftragen, Dr. Andreas Unterberger sofort als Chefredakteur zu kündigen.

(18. Jänner 2007)

Chapeau, Dr. Andreas Unterberger!

Sie verstehen es tatsächlich vortrefflich, der Tageszeitung der Republik neue Kreise zu erschließen; denn Gerd Honsik ersucht bereits um Verbreitung der Stellungnahme von Dr. Herbert Schaller. Sie haben allerdings, so scheint es, Passagen vorenthalten; denn der einschlägig Verurteilte schreibt, die »Wiener Zeitung« hätte diese schallerische Stellungnahme nur auszugsweise gebracht. Ist Ihnen, Herr Unterberger, die gesamte Stellungnahme bekannt, in der u.a. zum Lesen steht?: »Denn Irving hatte durch seinen Rechtsanwalt bei der zuständigen Abteilung des Bundesministeriums für Inneres vorsorglich nachfragen lassen, ob es mit den österreichischen Gesetzen vereinbar sei, wenn er hier eine Vortragsreihe über die im Jahre 1988 erstmals publizierten, gegen die Existenz von NS-Massenmord-Gaskammern in Auschwitz sprechenden naturwissenschaftlich-technischen Untersuchungsergebnisse sowie seine neuesten Dokumentenfunde im englischen Amt für psychologische Kriegsführung abhalte.«

Und haben Sie möglicherweise, Herr Dr. Unterberger, gar selbst die Stellungnahme von Herbert Schaller, der in Stellvertretung von Gerd Honsik erst kürzlich in Teheran bei einer Konferenz von einschlägig Amtsbekannten war, gesetzestauglich umgeschrieben?

Wo die Empfehlung zu finden ist? Auf »Wiener Nachrichten Online« unter der Rubrik »Lesermeinungen«. Also auf einer einschlägigen Homepage menschgemäß, zu der es bereits einen ausführlichen Schriftverkehr mit dem Innenministerium aus dem Jahre 2001 gibt, wie Sie in [»Gefangen, auch im Erinnern«](#) nachlesen können. Viel ist in diesem auch von dem Ihnen wohl gut bekannten Andreas Mölzer und seiner »Zur Zeit« die Rede.

(23. Februar 2007)

Und noch einmal: Chapeau, Dr. Andreas Unterberger,

Sie schaffen es in Ihrer unverwechselbaren Art, die »Wiener Zeitung« zu einer wirklich wichtigen und qualitativ hochwertigen Tageszeitung der Republik zu machen, deren Artikel nun wohl gerne von anderen Medien ungekürzt und unverändert übernommen werden, zum Beispiel ist der Gastkommentar »Das Irving-Urteil und die politische Macht« von Dr. Herbert Schaller schon seit dem 6. Februar 2007 auf einer Webpage für Ernst Zündel zu lesen: ungekürzt und unverändert, also absolut passend, so scheint es, zur Weltanschauung, die auf dieser Site vertreten wird.

Ob es für Sie, Dr. Andreas Unterberger, auch eine Klage wert ist, daß auf der deutschsprachigen Site dieser Webpage über dem Inhaltsverzeichnis, in dem auch der Gastkommentar von Dr. Herbert Schaller gelistet ist, die Frage gestellt wird, ob denn wirklich ... Vollständig möchte ich die Frage hier nicht wiederholen; ich denke, Sie kennen die einschlägig amtsbekannten Fragen, die von einem Ernst Zündel, einem Gerd Honsik und von anderen gestellt werden. Ist das für Sie, Dr. Andreas Unterberger, keine Anstrengung wert herauszufinden, ob es denn rechtliche Möglichkeiten gibt, die Verwendung von Gastkommentaren der »Wiener Zeitung« auf derartigen Sites zu unterbinden?

Es ist zwar schon sehr üblich, gleich den Link mitzuliefern, aber in diesem Fall ist es eine unangebrachte Werbung. Es gibt ja ohnehin dafür ausgezeichnete Suchwerkzeuge.

(5. Juni 2007)

Wenn Andreas Unterberger das Gewissen ist, dann gibt es in Österreich weder ein Bürgertum noch eine Publistizik

Es ist von den “Salzburger Nachrichten” eine gute Idee, gegensätzliche Meinungen auf einer Seite gleichzeitig zu veröffentlichen, soher dem Leser und der Leserin die Möglichkeit zu bieten, sich je zu einem bestimmten Thema aus dem Pro und dem Contra eine eigene Meinung zu destillieren ... Jedoch, es wäre wünschenswert, würden die “Salzburger Nachrichten” Andreas Unterberger zu mehr – um nicht pathetisch von Wahrheit zu schreiben – Genauigkeit verpflichten, gerade auch und vor allem deshalb, weil Andreas Unterberger von den “Salzburger Nachrichten” vorgestellt wird als

für viele das bürgerliche Gewissen der österreichischen Publizistik.

Wer immer die *vielen* sein mögen, für die Andreas Unterberger *das bürgerliche Gewissen der österreichischen Publizistik ist*, provozieren damit, danach zu fragen, ob es überhaupt eine Publizistik in Österreich gibt, die so genannt werden kann, ob das *bürgerliche Gewissen* eine Tugend ist



Pronto ever,
written in Austria

A soil novel

Bertrand Kraut

